

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherrn.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rößlestraße 16b.
Telephonruf: Nr. 3302.

Inserate für Stellenvermittlung
Preis der sechspaltenen Kolonelleile 1 Mark.
Geschäftsinsereate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **380 600** Exemplaren
erscheint diese Ztg.

Tarifverträge in der deutschen Schiffbauindustrie.

In Nummer 8 der vom Zentralverband Deutscher Industrieller herausgegebenen Deutschen Industrie-Zeitung ist ein von einem Generalsekretär Ditzes verfaßter Artikel über dieses Thema enthalten. Der Verfasser ist ein scharfer Gegner von Tarifverträgen in der Schiffbauindustrie. Er geht zunächst von der Tatsache aus, daß sich auch bei Behörden immer mehr die Überzeugung Bahn bricht, daß eine tarifmäßige Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht mehr zu umgehen ist. Ferner zitiert er die am 30. Januar vom Reichstag bei der Beratung des Marineetats angenommene Resolution zugunsten der Tarifverträge und fährt dann fort:

„Die deutsche Schiffbauindustrie hat sicher niemals versagt, wenn es galt, ihre Arbeiter so günstig zu stellen, wie es die gegebenen Verhältnisse auf dem Inlandsmarkt und der Wettbewerb mit dem Ausland nur irgendwie gestatten. Es braucht nur daran erinnert zu werden, daß die auf gesetzlichen Verpflichtungen beruhenden Lasten für Arbeiterversicherung und -versorgung bei der Mehrzahl der großen Werften durchschnittlich 4 Prozent des Aktienkapitals ausmachen. Dazu kommen noch die freiwilligen Wohlfahrts-Einrichtungen, die vielfach nicht erheblich hinter dieser Summe zurückbleiben dürften. Auch in bezug auf die Vermessung der Arbeitszeit sind die deutschen Werften den Arbeitern bis zur Grenze des Möglichen entgegengekommen. Daß sie nicht geneigt sind, Wünsche zu erfüllen, die auf eine allmähliche Verminderung der täglichen Arbeitszeit bis auf acht Stunden hinauszielen, liegt daran, daß sie eben Erwerbsgesellschaften sind, die die Aufgabe haben, den an ihnen beteiligten Kreisen eine wenn auch bescheidene, so doch angemessene Verzinsung der angelegten Kapitalien zu sichern. Daß dies leider nicht in allen Fällen möglich wird, ist eine bekannte Tatsache und bedarf keines weiteren Beweises. Auch Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen hat die deutsche Schiffbauindustrie nicht abgelehnt; die Gruppe der deutschen Seeschiffswerften hat sich vielmehr öfter bemüht, im Einverständnis mit den Gewerkschaften der von ihr vertretenen Industrie den Frieden zu erhalten.“

Der Herr Generalsekretär Ditzes schaut denn doch ein wenig stark durch die Unternehmerbrille, wenn er meint, daß die deutsche Schiffbauindustrie „noch niemals versagt“ habe, wenn es galt, ihre Arbeiter so günstig zu stellen, wie es die gegebenen Verhältnisse auf dem Inlandsmarkt und der Wettbewerb mit dem Ausland „nur irgendwie gestatten“. Die vor kurzem vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes herausgegebene Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der auf Werften beschäftigten Metallarbeiter beweist im Gegenteil, daß auf vielen Werften noch arge Mißstände herrschen, Mißstände, die in Landbetrieben verhältnismäßig viel seltener sind. Wie will Herr Generalsekretär Ditzes ferner die große Fluktuation der Arbeiter auf den Werften erklären? Schon öfters wurden von Werften in der Presse des Binnenlandes Anzeigen losgelassen, in denen man den Arbeitern die glänzendsten Versprechungen machte. Zu Tausenden sind dann die Arbeiter diesen Lockungen gefolgt und fast alle erlebten sie schlimme Enttäuschungen. Nicht nur blieben die erteilten Löhne weit hinter den Erwartungen zurück, die die Arbeiter nach den Anzeigen hegen konnten, sondern auch die Arbeitsbedingungen und besonders die geforderte Arbeitsleistung waren derartig, daß nur die allerwenigsten Arbeiter aus dem Binnenland ihnen gewachsen waren. Tausende von unseren Kollegen können ein Lied davon mitsingen. Sie besaßen sich schleunigst, wieder von der Wasserfront fortzukommen und mancher von ihnen ging viel abgeriffener als er gekommen war. Gerade auf den Werften gibt es noch viel für die Gewerkschaften zu tun. Daß bisher noch nicht mehr geschehen ist, liegt in erster Linie an der mangelhaften Organisation der Werftarbeiter und nicht zum mindesten an der großen Organisationszerstückelung, die noch unter ihnen herrscht. Daß die Gruppe der deutschen Seeschiffswerften sich schließlich dazu bequemen mußte, mit Gewerkschaftsvertretern zu verhandeln, ist gewiß nicht der großen Liebe der Schiffbauunternehmer zu ihren Arbeitern zuzuschreiben; daß die dabei erteilten Zugeständnisse der Unternehmer auf die Dauer den Arbeitern genügen können, wird der Herr Generalsekretär selbst nicht glauben.

Herr Ditzes fährt dann fort: „Trotz dieses weitgehenden Entgegenkommens gegenüber den Wünschen der Arbeiter ist es für die deutsche Schiffbauindustrie ausgeschlossen, Tarifverträge mit ihren Arbeitern abzuschließen. Die Gruppe der Seeschiffswerften hat den Arbeitern kein Gehör daraus gemacht, daß die Forderung von Tarifverträgen mit Aussperrung beantwortet werden würde. Die Erfahrungen, die andere Industrien mit Tarifverträgen gemacht haben, sind sehr wenig ermutigend, trotzdem gerade die Industrie- und Gewerbevereine, die bisher Tarifverträge eingeführt haben, unzweifelhaft am meisten für diese Form des Arbeitsvertrags geeignet sind. In der Hauptsache handelt es sich um Gewerbevereine, die einen mehr oder weniger handwerksmäßigen Charakter tragen.“

Der Herr Verfasser sollte bedenken, daß sich schon mancher auf Prophezeien verlegt hat und dabei böse hereingefallen ist. Auch in anderen Berufen haben die Unternehmer sich früher so ähnlich ausgesprochen. Sobald jedoch die Gewerkschaften die Macht hatten, Tarifverträge durchzusetzen, mußten auch die Unternehmer sich damit abfinden. Genau so kann sich die Sache im Schiffbau entwickeln. Selbstverständlich wird ein kollektiver Arbeitsvertrag im Schiffbau anders aussehen als im Buchdruckgewerbe oder im Baugewerbe. Es ist kaum anzunehmen, daß es möglich sein wird, so bis ins Einzelne gehende Bestimmungen aufzunehmen, wie sie im Buchdruckertarif vorhanden sind. Daß sich jedoch eine bestimmte vertragsmäßige Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf den Werften schaffen

läßt, die den Arbeitern ein anständiges Existenzminimum gewährleisten, wird kein Emsichtiger bestreiten wollen.

Das größte Hindernis für den Abschluß von Tarifen im Schiffbau soll nach Herrn Ditzes die Konkurrenz des Auslandes sein. Ferner hält er es für einen Mangel, daß Tarifverträge „gewöhnlich auf längere Zeit, mindestens aber auf zwei bis drei Jahre“ abgeschlossen werden. Er bemerkt dazu:

„Geht in dieser Periode die Konjunktur zurück, so ist an eine Herabsetzung der Löhne nicht zu denken, weil diese eben auf längere Zeit festgelegt sind. Die betreffende Industrie muß eben Löhne zahlen, die zu den sonstigen Kosten ihrer Produktion außer Verhältnis stehen. Ebenso schwierig werden aber auch Lohnherabsetzungen nach Ablauf der Tarifverträge werden. Die bisherige Entwicklung im Baugewerbe und in der graphischen Industrie hat im Gegenteil gezeigt, daß es die Arbeiter immer verstanden haben, bei der Erneuerung der Tarifverträge Vorteile für sich herauszuschlagen. Das mögen, wie schon angedeutet, solche Industrien auf die Dauer auszuhalten imstande sein, die lediglich für den Inlandsmarkt arbeiten. Exportindustrien müssen aber mit der Zeit durchaus konkurrenzfähig werden, wenn sie nicht nur mit Lohnerhöhungen zu rechnen haben, und wenn sie ihre Produktionskosten niemals mehr den augenblicklichen Verhältnissen des Weltmarktes und der fremden Konkurrenz anpassen können. Die deutsche Schiffbauindustrie ist infolge der Zollfreiheit ihrer Erzeugnisse wie kaum eine andere dem Wettbewerb des Auslandes ausgesetzt. . . . Namentlich der deutsche Flußschiffbau unterliegt mehr und mehr dem Einbringen der holländischen Werften, die unter bedeutend günstigeren Verhältnissen als die deutschen arbeiten. In Holland sind die Löhne viel niedriger als in Deutschland. Die sozialen Lasten fallen kaum ins Gewicht. Das Schiffbaumaterial erhalten die Holländer billiger, als es die deutschen Walzwerke den deutschen Schiffswerften liefern. Dazu kommt noch, daß es die kleineren holländischen Werften mit der technischen Ausführung der Schiffsbauten viel weniger genau nehmen als die deutschen Werften. Sollten durch Abschluß von Tarifverträgen weitere Lohnerhöhungen für die deutschen Schiffswerften in nennenswertem Maße hervorgerufen werden, wie mit Sicherheit zu erwarten wäre, so würden sich die deutschen Flußschiffreederei immer mehr gezwungen sehen, ihre Schiffbauten im Ausland in Auftrag zu geben und die ohnehin schwierige Lage des deutschen Flußschiffbaues müßte hierdurch verschlechtert werden.“

Dieses Zitat enthält einen solchen Mischmasch von Richtigem und Unrichtigem, daß wir schon sehr ausführlich werden müßten, wenn wir alles mit der Ausführlichkeit beleuchten wollten, wie es eigentlich notwendig wäre. Wir behalten uns deswegen vor, auf Einzelheiten zurückzukommen und diese dann mit der erforderlichen Gründlichkeit zu behandeln. An Gelegenheiten dazu wird es auch in Zukunft nicht fehlen. Aus diesem Grunde begnügen wir uns heute mit einigen Bemerkungen. Der Hauptfehler des Verfassers ist der, daß er annimmt, die gegenwärtigen Konkurrenzverhältnisse im Schiffbau des Inlandes und des Auslandes seien für alle Zeiten unabänderlich. Das ist ein großer Irrtum. Es trifft zwar zu, daß in Holland die Löhne im Schiffbau niedriger sind als in Deutschland. Hat der Verfasser aber noch niemals etwas davon gehört, daß in Holland auch die Lebensmittel bedeutend billiger sind als in Deutschland? Hat der Verfasser ferner nichts von der famosen Preispolitik der deutschen Walzwerke gehört, die nach dem Ausland zu Schleuderpreisen verkaufen und im Inland die Verbraucher auf unerhörte Weise schröpien? Es wäre doch gar zu merkwürdig, wenn dies für alle Zukunft unverändert bleiben, wenn nicht über kurz oder lang auf die eine oder die andere Weise eine Besserung eintrete. Auch geben wir bereitwillig zu, daß der holländische Arbeiter sich oft mit geringerem Lohne begnügt als der deutsche. Die Unternehmer in Westdeutschland wissen dies sehr gut; deshalb nehmen sie gern Holländer als Streikbrecher. In früheren Jahren war dies im allgemeinen noch schlimmer als jetzt. Die Entwicklung des Gewerkschaftswesens geht jedoch dahin, sowohl die nationale als auch die internationale Schmutzkonkurrenz der Arbeiter einzuschränken und es ist eine alte Erfahrung, daß Einschränkung der Schmutzkonkurrenz zwischen den Arbeitern stets Einschränkung der Schmutzkonkurrenz zwischen den Unternehmern zur Folge gehabt hat. Es sollte eigentlich nicht notwendig sein, daß man auf solche Einfemwahrheiten noch hinweisen muß. Das sind alles Umstände, die man schon innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise abschaffen kann. Die Unternehmer mögen nur ihren Einfluß geltend machen, damit dies geschieht; dann werden die organisierten Arbeiter gern in dem gleichen Sinne ihre Schuldigkeit tun.

Was Herr Ditzes sonst noch gegen das Tarifwesen schreibt, ist nicht der Widerlegung wert. Teils operiert er mit Dingen, die für den Schiffbau gar nicht in Betracht kommen, teils nimmt er zu direkten Unwahrheiten seine Zuflucht. So behauptet der Herr unter anderem:

„Sodann steht der Tarifvertrag der Ausbildung und den Fortschritten der Technik entgegen. Es ist nicht nur in England, es ist auch in Deutschland mehrfach vorgekommen, daß sich die Arbeiter der Einführung arbeitssparender Maschinen widersetzt haben.“

Borgekommen sind solche Dinge schon. Das ist aber schon lange her und das Tarifwesen hat in Deutschland erst in den letzten Jahren einen nennenswerten Aufschwung genommen. Kann Herr Ditzes aus dieser Zeit ein einziges Beispiel nennen, wo in einem Tarifvertrag „der Ausbildung und den Fortschritten der Technik“ auch nur Hindernisse bereitet worden sind? Herr Ditzes wird es nicht können, wenn er nicht mit allen Kamellen oder mit Auspuffen irgend einer unmaßgeblichen Persönlichkeit, für die die Gewerkschaften nicht verantwortlich gemacht werden können, aufwarten will, wenigstens nicht, soweit eine von den Gewerkschaften in Betracht kommt, die auf den Werften vertreten sind. Wenn die Arbeiter sich gelegentlich dagegen wehren, daß ihnen die Nachteile der arbeitssparenden Maschinen aufgehaßt werden, während die Unternehmer die Vorteile einheimen, so kann dagegen doch kein Emsichtiger etwas einwenden. Herr Ditzes täte also besser, wenn er solche „Gründe“ nicht geltend machen wollte.

Wie einseitig Herr Ditzes operiert, um die nötigen „Gründe“

für seine Stellungnahme zum Tarifwesen zu beschaffen, geht noch daraus hervor, daß er zwar mit Hilfe von zwei Tabellen auf Deutschlands Ein- und Ausfuhr von See- und Flußschiffen in den Jahren 1897 bis 1907 hinweist, jedoch unterläßt, die Hauptgründe dafür anzugeben, weshalb viele deutsche Reeder noch im Ausland Schiffe bestellen müssen. Es ist wohl anzunehmen, daß auch im Jahre 1907 die Einfuhr von Seeschiffen gestiegen ist. Das ist aber doch nur daher gekommen, daß im Jahre 1907 eine bisher nicht dagewesene Hochkonjunktur im Schiffbau geherrscht hat. Etliche Werften konnten schon im Jahr 1906 berichten, daß sie schon für das Jahr 1907 mit Aufträgen versehen waren. Sie mußten sich daher für neue Aufträge besonders lange Lieferfristen ausbedingen. Nun war aber schon damals vorauszusehen, daß die gute Konjunktur über kurz oder lang zu Ende sein würde. Unter diesen Umständen hatten die deutschen Reedereien selbstverständlich das Bestreben, möglichst schnell neue Schiffe zu bekommen und weil solche im Inland nicht zu haben waren, wendeten sie sich an das Ausland. Außerdem kommt noch ein hinzu: die Flottenpolitik der deutschen Regierung. Im Jahre 1905 waren nach amtlicher Statistik auf deutschen Werften an Kriegsschiffen für Deutschland im Bau: 105 050 Tons; abgeliefert wurden 30 680 Tons. In demselben Jahre befanden sich auf ausländischen Werften für deutsche Rechnung im Bau: 141 472 Tons (darunter an Dampfschiffen 108 088 Tons); abgeliefert wurden 92 589 Tons (darunter an Dampfschiffen 65 560 Tons). 1906 waren auf deutschen Werften an Kriegsschiffen für Deutschland im Bau 93 310 Tons; abgeliefert wurden 22 970 Tons. Auf ausländischen Werften waren für deutsche Rechnung im Bau: 166 612 Tons (137 484 Tons Dampfschiffe); abgeliefert wurden 122 845 Tons (100 912 Tons Dampfschiffe). Nun muß man noch in Betracht ziehen, daß in 1000 Tons für Kriegsschiffe viel mehr Arbeit steckt als in 1000 Tons für Handelsschiffe. Für das Jahr 1907 liegen uns noch keine amtlichen Zahlen vor, da das Fest der Statistik des Deutschen Reiches, das diese Zahlen bringen wird, frühestens am Ende dieses Monats zu erwarten ist. Herr Ditzes hebt aber schon selber hervor, daß die Zunahme der Einfuhr im Jahre 1907 hauptsächlich daher kommt, daß die Hamburg-Amerika-Linie in England einen großen Luxusdampfer bestellt hat. Schon aus diesen Angaben kann man ersehen, wie haltlos die hauptsächlichsten „Gründe“ des Herrn Ditzes gegen den kollektiven Arbeitsvertrag im Schiffbau sind.

Es kann also unsere im Schiffbau beschäftigten Kollegen nichts abhalten, mit aller Macht den Abschluß von kollektiven Arbeitsverträgen anzustreben. Dazu ist jedoch in erster Linie innerer und äußerer Ausbau der Organisation notwendig. Auf einigen Werften haben unsere Kollegen schon großes geleistet; auf anderen läßt die Organisation jedoch noch sehr viel zu wünschen übrig. Und die abseits stehenden Kollegen sind das Bleigewicht, das sich der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen an die Waage hängt. Wenn es uns möglich ist, den letzten organisationsfähigen Metallarbeiter auf den Werften dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zuzuführen, dann werden es sich die Scharfmacher unter den Schiffbauunternehmern noch etlichmal überlegen, ob sie den Wunsch der Arbeiter nach kollektiven Arbeitsverträgen mit Aussperrungen beantworten. Nur die behauerliche Tatsache, daß die Organisation auf den Werften noch so viel zu wünschen übrig läßt, kann die Scharfmacher zu solchen Drohungen ermutigen. Darum auf, Kollegen, verfaßt den Scharfmachern dieses saubere Pländchen!

Mary und die Gewerkschaften.

Am Erscheinungstage dieser Nummer der Metallarbeiter-Zeitung werden 25 Jahre verflossen sein, seitdem Karl Mary, der geistige Führer der Sozialdemokratie, die Augen für immer schloß, viel zu früh sowohl nach seiner eigenen Meinung als, wie man sagen darf, auch nach Meinung des größten Teiles seiner Bestimmungsgenossen. Mary, der hervorragende Theoretiker des Sozialismus, hatte sich noch große Arbeiten im Interesse der Arbeiterbewegung vorgenommen. Das beweisen die von ihm hinterlassenen umfangreichen unvollendeten Manuskripte. Auch kann man wohl annehmen, daß mancher Streit unter den Theoretikern des Sozialismus weniger heftig gewesen wäre, wenn Mary noch länger gelebt und ausflühend gewirkt hätte. Auch der Gewerkschaftspressen genügt es, der 26. Wiederkehr des Todestags von Karl Mary zu gedenken. Wir glauben es nicht besser tun zu können, als indem wir einen Artikel des Genossen Adolf Braun nachdrucken, der in Nr. 6 der neugegründeten Zeitschrift Der Kampf, dem wissenschaftlichen Organ der österreichischen Sozialdemokratie, unter der obigen Überschrift erschienen ist.

Spricht man schon mit Recht von einem Bulgärmariismus*, so liegt noch reichlich mehr Veranlassung vor, von einem Bulgärantimariismus zu reden, ja man könnte im Gegensatz gegen den einen Bulgärmariismus eine Reihe von Bulgärantimariismen aufzählen. Die Geschichte des Bulgärantimariismus wird einmal geschrieben werden müssen, ist sie doch ein wichtiges Kapitel nicht nur in der Geschichte der Bekämpfung der Sozialdemokratie, nicht nur bedeutungsvoll für die Entwicklung der bürgerlichen Nationalökonomie, sondern auch ein wichtiges Kapitel in der Geschichte der politischen Triviolität wie des akademischen und sonstigen Strebertums. Zielteich ist die kulturgeschichtliche Bedeutung des Bulgärantimariismus gerade auf diesem Gebiet am bedeutungsvollsten. Das erkennt man wohl am besten an den Angriffen der Bulgärantimariisten gegen Mary wegen seiner Stellung zu den Gewerkschaften. Als Mary noch lebte, als er als leitender Geist der internationalen Arbeiterassoziation verfaßt wurde, als schon „Lohnarbeit und Kapital“, das „Kommu-

* Bulgär = niedrig, gemein, alltäglich. Bulgärmariismus bedeutet demnach eine verböberte Art des Mariismus. Bulgärantimariismus eine besonders niedrige Art der gegen den Mariismus gerichteten Bestrebungen.

nistische Manifest", das „Elend der Philosophie“, die „Kritik der politischen Ökonomie“ und der erste Band des „Kapital“ erschienen waren, machte man in der ganzen bürgerlichen Presse Karl Marx und die internationale Arbeiterassoziation verantwortlich für alle Streitigkeiten, für einen Führlinienstreit in Alexandrien wie für die Arbeiterunterwerfung der amerikanischen Kohlengräber. Wer die Geschichte der internationalen Arbeiterassoziation kennt, weiß, wie falsch diese Auffassung war. Weder erreichten die finanziellen Mittel für Streikunterstützungen aus, noch waren die Verbindungen der internationalen Arbeiterassoziation kräftig genug, um von London aus systematisch die Kämpfe der ganzen Welt vorzubereiten, zu leiten und zu führen, ganz abgesehen davon, daß eine so weitgehende Zentralisation mit den Lebensbedingungen der Gewerkschaftsbewegung nicht zu vereinbaren gewesen wäre. Der Bulgantantimarkismus jener Jahre hatte in diesem Falle aber nicht gefehlt, sondern nur uns Unermessliches übertrieben. Ganz unzweifelhaft hatte die internationale Arbeiterassoziation ein sehr lebhaftes Interesse an den gewerkschaftlichen Kämpfen, ja sie war zur Zeit ihres Bestehens in London eine Organisation, deren Kern die einzigen damals ernst zu nehmenden gewerkschaftlichen Organisationen Englands bildeten. Die enge Fühlung von Marx mit den hervorragenden Führern der englischen Gewerkschaftsbewegung ist unbestritten. Sie wäre nicht denkbar gewesen, wenn Marx ein Feind des Gewerkschaftswesens gewesen wäre, wenn Marx nicht geglaubt hätte, daß die Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisation, die Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, durchführbar gewesen wären.

Die Bulgantantimarkisten jüngeren Datums haben den Glauben zu erwecken gesucht, daß der Marxismus in einem, wenn auch nicht direkt ausgesprochenen, manchmal verhüllten, aber doch unzweifelhaften und entschiedenen Gegensatz gegen alle Bestrebungen gerichtet sei, die zur Hebung der Arbeiterklasse im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft dienen könnten. Aus unvorstehenden und fälschlich generalisierten Sätzen hat man sich eine Bevelendungslehre von Marx zurechtzulegen gesucht und hieraus eine Lehre deduziert, für die man eher Zeugnisse bei Darwin und seinen Schülern als bei Marx finden könnte, die Lehre nämlich, daß die Befreiung der Arbeiterklasse desto früher kommen müsse, je schlechter es ihr gehe. Wer nur einigermaßen im ersten Bande des „Kapital“ von Marx Bescheid weiß, dem muß es klar sein, daß Marx die Bedeutung der Arbeiterkämpfe für die Arbeiter außerordentlich hoch bewertet, daß er von den englischen Fabrikinspektoren, zum Beispiel von Hornet, mit der größten Hochachtung spricht. Wenn Marx schon die Arbeiterkämpfe für so hoch einschätzte, mußte er selbstverständlich den Gewerkschaften, die Aufgaben der Arbeiterkämpfe aus eigener Kraft durchzuführen bemüht sind, naturgemäß erst recht Wichtigkeit und Bedeutung beimessen. Unzweifelhaft hat Marx jeder Gehilf der Arbeiter, den sie eigener Kraft verdanken, mehr erachtet und mehr erhoben als die Maßregeln, die der Arbeiterklasse gemüht haben, ohne daß sie an ihrer Erringung ein Verdienst hatte. Trotzdem dies so klar und unzweifelhaft ist, haben Gegner der Marx'schen Theorie innerhalb und außerhalb der Arbeiterbewegung immer wieder von neuem das Märchen aufzubringen gesucht, daß Marx nur an der Eringung der sozialistischen Gesellschaft, an der Aufhebung der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaftsordnung interessiert war, daß er gerade deshalb gleichgültig allen Bemühungen gegenüberstand, die die Hebung der Arbeiterklasse im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bezweckten. Hieraus hat man eine Antipathie der Gewerkschaften gegen Marx, seine Lehren und seine Schüler zu deduzieren gesucht, die sich endlich der Arbeiterbewegung nicht zum Nutzen gereichte. Gerade vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus ist es ein Verbrechen, die Arbeiter vom Studium der Marx'schen Schriften abzuhalten, sie in eine unbegründete und frivole Feindschaft gegen den Marxismus zu treiben. Da das hier nicht möglich ist, so sind die Marx'schen Schriften und Artikel, die zwar mit Verachtung auf Marx erschienen sind, aber sicherlich seine Billigung nicht erzwungen hätten.

Liebknecht hat sofort nach seiner Rückkehr aus dem Exil, in dem er sich unter dem Einfluß von Marx und Engels ausgebildet hatte, in Berlin Vorträge über die englischen Gewerkschaftsorganisationen gehalten und sie den deutschen Arbeitern zur Nachahmung empfohlen. Im Volksstaat, dem Organ der Liebknecht'schen Richtung, wurde ein Aufsatz von G. Hermann, des Hauptorganes der allgemeinen deutschen Arbeitervereine, veröffentlicht. Hermann befaßt sich bei seiner Empfehlung der Gewerkschaften auf „den Artikel des jetzt noch lebenden größten Nationalökonomen und Sozialphilosophen Dr. Karl Marx, des Lehrers von Lassalle“. Marx äußerte sich in diesem Artikel über andere folgendermaßen über die Gewerkschaften:

Die Gewerkschaften sind die Schulen für den Sozialismus. In den Gewerkschaften werden die Arbeiter zu Sozialisten herangebildet, weil ihnen da tagtäglich der Kampf mit dem Kapital vor Augen geführt wird. Die Gewerkschaften... sind die Schule der Arbeiter auf die Dauer, nur sie sind in der Lage, eine wirkliche Arbeiterpartei zu organisieren und der Sozialdemokratie ein Bollwerk entgegenzusetzen. In der Zukunft ist die größte Aufgabe der Arbeiter gelangt, daß ihre materielle Lage gebessert werden muß, ehe sie eine Partei organisieren, welcher sie folgen werden. Nicht nur aber die materielle Lage des Arbeiters gebessert, dazu kann er sich

Lüftung und Heizung.

Es ist allgemein bekannt, daß nicht die Luft, sondern die Wärme die Ursache der Krankheiten ist. Was heißt das aber für die Luft? Die sogenannte Wärme ist aber die Wärme der Luft selbst, aus einem Gemisch zweier Gase, des Sauerstoffs und des Stickstoffs. Diese reine Luft gibt es aber nirgendwo auf dem Erden. In Wirklichkeit enthält jede Luft auch einen kleinen Gehalt an Kohlendioxid, die Kohlenäure. Dieser als CO₂ bezeichnete Kohlenstoff wird durch die Atmung der Menschen und durch die Verbrennung der Kohlenstoffe in den Fabriken erzeugt. Diese Kohlenäure ist es, die die Luft für den Menschen schädlich und ungesund macht. Wenn der normale Kohlenstoffgehalt der Luft überschritten wird, dann empfinden wir das unangenehm, denn durch die Kohlenäure werden die Atmungsorgane gereizt. Dieser Zustand ist die sogenannte Kohlenäurevergiftung. Wie kann man die Kohlenäuregehalt der Luft? Vor allem kann man durch Lüftung die Luft erneuern. Es gibt verschiedene Arten der Lüftung, die man in einem Raum anbringen kann. Eine einfache Art ist die natürliche Lüftung, bei der die Luft durch die Öffnungen der Räume ausströmt. Eine andere Art ist die künstliche Lüftung, bei der die Luft durch Ventilatoren oder Gebläse in den Raum geblasen wird. Die künstliche Lüftung ist notwendig, wenn die natürliche Lüftung nicht ausreicht, um die Kohlenäuregehalt der Luft zu senken. Die künstliche Lüftung kann durch Ventilatoren oder Gebläse erreicht werden, die an den Wänden oder an der Decke des Raumes angebracht sind. Die künstliche Lüftung ist besonders wichtig in den Fabriken, wo die Kohlenäuregehalt der Luft durch die Verbrennung der Kohlenstoffe sehr hoch sein kann. In den Fabriken ist die künstliche Lüftung notwendig, um die Gesundheit der Arbeiter zu schützen. Die künstliche Lüftung kann durch Ventilatoren oder Gebläse erreicht werden, die an den Wänden oder an der Decke des Raumes angebracht sind. Die künstliche Lüftung ist besonders wichtig in den Fabriken, wo die Kohlenäuregehalt der Luft durch die Verbrennung der Kohlenstoffe sehr hoch sein kann. In den Fabriken ist die künstliche Lüftung notwendig, um die Gesundheit der Arbeiter zu schützen.

mehr der Erziehung seiner Kinder widmen, Frau und Kinder brauchen nicht in die Fabrik zu wandern, er selbst kann seinen Geist mehr bilden, seinen Körper mehr pflegen, er wird dann Sozialist, ohne daß er es abt.

Aus dem weiteren Gespräch, dessen Einzelheiten heute längst überholt sind, geht mit vollster Klarheit hervor, daß Marx das lebhafteste Interesse an der gewerkschaftlichen Organisation bewahrte, es nicht bloß hatte, als er 1847 in seiner gegen Proudhon gerichteten Schrift „Das Elend der Philosophie“ von den Gewerkschaften schrieb, daß sie für die Organisation der Arbeiterklasse dieselbe Bedeutung haben wie die Gemeindebildung des Mittelalters für die Mittelklassen der bürgerlichen Gesellschaft, daß er dieses Interesse auch lebendig werden ließ, als er auf die praktische Wirklichkeit der Arbeiterbewegung einen Einfluß zu nehmen suchte.

Wie durchaus unbegründet die Behauptung von einer Abneigung Marxs gegen die Gewerkschaften ist, läßt sich unter anderem belegen aus den Beschlüssen der internationalen Arbeiterassoziation und aus einer Denkschrift des Zentralkomitees der Sektion Gruppe deutscher Sprache der internationalen Arbeiterassoziation an den sozialdemokratischen Kongreß zu Eisenach vom Jahre 1869. In dieser heißt es:

In Erwägung: daß die Gewerkschaften allein die richtige Form für die Arbeitervereine und die künftige Gesellschaft überhaupt bieten und auch durch die in ihren Kreisen herrschende Sachkenntnis festen Grund zu einer echten Sozialwissenschaft legen können;

daß in dem gleichen Maße, als sich die Organisation der Gewerkschaften vollendet, die gemischten Vereine (wie zum Beispiel der Allgemeine deutsche Arbeiter- und der Arbeiterbildungsvereine) ihre Existenzbedingungen verlieren;

daß aber den tatsächlichen Verhältnissen nicht vorgegriffen werden darf, die beiden Vereinsarten noch zeitweilig nebeneinander zu bestehen und zu gehen haben, bei einer gemeinsamen Organisation jedoch den gemischten Arbeitervereinen durchaus keine Anhaltspunkte zu ihrem Festhalten ihrer Stellung geboten werden dürfen, dagegen der Entwicklung der Gewerkschaften alle Erleichterung verschafft werden müssen.

Nach weiteren Erwägungen empfahl das Zentralkomitee unter anderem nachstehende Sätze zur Aufnahme in den Verfassungsentwurf:

- a) Die gemischten, das heißt aus Leuten der verschiedensten Gewerke und Berufsstellungen zusammengesetzten Vereine behalten, solange es die gemeinsamen und besonderen Interessen erheischen und die Umstände es ermöglichen, ihre bisherige Organisation.
- b) Die Gewerkschaften, die Grundbestandteile der Parteiorganisation bilden, haben freizubehalten, indem sie sich mit ihren Fachgenossen aller Länder über ihre speziellen Berufsinteressen verständigen, besondere Zentralstellen gründen, eine internationale Landes- bezw. folgen, dabei jedoch stets ihre Beziehungen mit den Zweigen der allgemeinen internationalen Arbeiterpartei in Übereinstimmung zu bringen.
- c) Zur Herstellung eines organischen, alle einseitigen Richtungen verbindenden Beziehungsnetzes, zur Wahrung und Förderung der gemeinsamen Interessen bilden die Gewerkschaften der verschiedensten Art in Verbindung mit den gemischten Arbeitervereinen der einen und derselben Stadt eine gemeinschaftliche, aus Delegierten aller Vereine und Gewerkschaften zusammengesetzte Behörde, die sich ihrerseits nach einem besonderen Reglement, in Kommissionen teilend, geschäftsartig konstituiert.
- d) Diese Zentralstellen sind einer von den Gewerkschaften und gemischten Vereinen aller Orte in Uebereinstimmung gewählten nationalen Zentralbehörde, welcher die intellektuelle und materielle Sekundärlitung und Verwaltung politischer und ökonomischer Art anvertraut ist, untergeordnet.
- e) Die internationale Zentralstelle der respektiven Gewerkschaften, welchen vornehmlich die Beförderung gewerkschaftlicher Geschäfte übertragen ist, haben sich in allen politischen und allgemeinen sozialökonomischen Angelegenheiten an die allein damit beauftragten nationalen Zentralstellen zu wenden.

Auch die weiteren Bestimmungen zeigen, daß die Gewerkschaften als Grundlage der politischen Organisation der in Eisenach konstituierten sozialistischen Partei angesehen und gewürdigt wurden. Es kam bekanntlich nicht zu dieser Organisationsform; für uns ist es aber bedeutungsvoll, daß gerade von der internationalen Arbeiterassoziation ein Beschluß wie der oben angeführte ausgeht konnte. Wenn eine Scheidung politischer und gewerkschaftlicher Organisation durchgeführt wurde, so ist dies nicht auf irgend welchen Gegensatz oder auch nur auf irgend eine Abneigung gegen die Gewerkschaften zurückzuführen, denn schon im Jahre 1868 auf dem Nürnberger Arbeiterkongreß, dem Ausgangspunkt einer Organisation der Sozialdemokratie, die auf den Lehren von Marx und Engels beruhte, war der Beschluß gefaßt worden, internationale Gewerkschaften zu gründen.

Wie hoch die Gewerkschaften von der internationalen Arbeiterassoziation geschätzt und bewertet werden, ergibt man aus der ganzen Geschichte der internationalen Arbeiterassoziation. Nicht nur hat Marx mit den englischen und insbesondere mit den Londoner Gewerkschaftsführern in engster politischer Zusammenarbeit durch lange Zeit aufrecht gehalten, er hat die englischen Gewerkschaften die Preisrichter der modernen Arbeiterklasse genannt. Auch auf dem Kongreß der internationalen Arbeiterassoziation kam mit voller Klarheit zum Ausdruck, daß sie von ihr lebendiger Sekretär Marx die Gewerkschaften ganz außerordentlich hoch bewertete. Auf

dem Genfer Kongreß im Jahre 1866 wurde von der internationalen Arbeiterassoziation folgendes zum Beschluß erhoben:

Die Erziehung und Förderung von Gewerkschaften muß und soll daher die Hauptaufgabe des Arbeiterstandes für die Gegenwart und nächste Zukunft bleiben, abgesehen davon, daß sie den Übergriffen des Kapitals entgegenwirken, müssen sie lernen, bewußterweise als Brennpunkt der Organisation der Arbeiterklasse zu handeln, im Interesse ihrer vollständigen Emanzipation; sie müssen jede soziale und politische Bewegung, welche auf dieses Ziel lossteuert, unterstützen und sich selbst als die handelnden Kämpfer und Vertreter der ganzen Klasse betrachten und sich sorgfältig um die Interessen der am schlechtesten bezahlten Geschäfte kümmern, zum Beispiel um die Arbeiterbauern, welche infolge von ausnahmsweise ungünstigen Umständen, durch Zerstreuung und niederen Bildungsgrad nicht den geringsten organisierten Widerstand leisten konnten. Dies muß unfehlbar die außerhalb der Gewerkschaften stehenden Arbeiter anziehen und der großen Masse der Arbeiterklasse die Überzeugung aufdrücken, daß ihr Ziel, weit entfernt, ein begrenztes selbstsüchtiges zu sein, die allgemeine Befreiung der niedergelassenen Klassen ist.

Der Kongreß zu Basel 1869 beschloß, daß die Bildung von Gewerkschaften (Gewerksvereinen) energig angestrebt werden solle; die verschiedenen Gewerksgruppen sollen sich zu nationalen Verbänden einigen und gemeinschaftlich zu ergreifende Maßregeln beraten, um das heutige Lohnsystem zu beseitigen durch die genossenschaftliche Arbeit. Der Generalkrat soll die internationale Verbindung vermitteln.

Auf der Delegiertenkonferenz zu London vom 17. bis 23. September 1871 ist der Wichtigkeit der gewerkschaftlichen Bewegung abermals Ausdruck gegeben worden, gleichwie der letzte Kongreß im Haag die Gewerkschaften aller Länder auf den Generalkrat als Vermittler von internationalen Beziehungen aufmerksam machte. Anschließend hieran muß noch an die offizielle Bekanntmachung des Generalkrats in New York vom 26. Januar 1873 erinnert werden.

Diese Zusammenfassung findet sich in einem Artikel des Volksstaat aus dem Jahre 1873, also im offiziellen Organ der internationalen Arbeiterassoziation in Deutschland, in dem Blatte, das Marx und Engels als das ihrige anerkannten, an dem sie auch mitarbeiteten. (Schluß folgt.)

Die Organisation der Metallarbeiter in den Vereinigten Staaten.

Der Eintritt in die Zunft, Union genannt, soll zuerst geschildert werden, denn dadurch wird zunächst ein Einblick in die amerikanische Gewerkschaftsbewegung möglich. Auch lassen sich dann besser Vergleiche anstellen zwischen der Bewegung im „verrotteten“ autokratischen Deutschland und der des „erleuchteten freiesten Landes auf Gottes Erde“: Amerika. — Nach vielem Fragen und nächtlichen Gängen im ganzen Stahlwerk herum hatte ich schließlich doch einen Unionmann aufgetrieben. Nach diversen Bann und Aber erklärte er sich bereit, mich der verammelten Unionmannschaft als Mitglied vorzuschlagen. Der ereignisreiche Moment sollte nun stattfinden. Mehrere Wochen vorher hatte er schon das Aufnahmegericht, versehen mit den Antworten auf die vielen gewissenhaften Fragen nebst dem vorgeschriebenen Dollar Handgeld eingepackt. Die wochenlange „Fackel“ schien ergeben zu haben, daß ich nicht ganz unwürdig sei, Mitglied der „besten Union auf Gottes Erde“ zu werden.

So begaben wir uns denn in die Meetinghalle. Ein Bild schon hielt die Überzeugung bestärken, daß diese Stätte nicht für Stroh und Plethi sei. Schon die innere Einrichtung ließ das ungeschwer erkennen: im Hintergrund die Präsidentenstraße unter einer Dekoration in malerischer, patriotischer Prosa; in der Mitte ein Pult, das in Gestalt und im Zweck einem Laufftein der Zwinglikerkirche nahekommt; rechts und links zwei große Lehnstühle hinter einer Art Logenempore; dann beim Eingang wieder ein Pult, das des Vize-Logenmeisters. In arthiger Entfernung von den wohlgeordneten Sitzen standen Spucknapfe, für je zwei Stühle immer einer. Ihrer Größe nach hätten sie für ein festes Krokodil genügt. Der Präsident hatte gleich zwei zur Disposition. Wie notwendig dies war, konnte man später sehen. Nach jedem Redefas entströmte dem Gehege seiner Zähne ein langer, brauner Wasserstrahl und schlug neben dem Spucknapf wie befallmässig nieder. Überhaupt, alle Spucknäpfe wurden fleißig benutzt; wenn auch nicht als Sammelbecken, so doch als Zielscheiben: die in weitem Bogen geschleuderten Salven schlugen gewöhnlich hart neben dem Trog nieder. Meister in dieser appetitlichen Kunst zeigten sich nur wenige. Auch das will gelernt sein.

Die Boreröffnung der Versammlung brachte einen Union-offizier (Beaman) auf die Beine: er kontrollierte die Karten aller Anwesenden mit phlegmatischer Feindschaft und wies alle, die keine reine Unionwäpfe anhalten, hinaus. Ebenso wies, die Kandidaten. Auf der Treppe warteten wir zu Zehnt der guten Dinge, die da kommen

konnte, wenn man sich mit Kohlenäure versetzte Luft abgeführt und reine, ungesättigte Kohlenäure Luft zugeführt werden: der Raum muß gelüftet werden. Es sind nun verschiedene Arten der Lüftung zu unterscheiden. Die eine Art ist die natürliche Lüftung, bei der die Luft durch die Öffnungen der Räume ausströmt. Die andere Art ist die künstliche Lüftung, bei der die Luft durch Ventilatoren oder Gebläse in den Raum geblasen wird. Die künstliche Lüftung ist notwendig, wenn die natürliche Lüftung nicht ausreicht, um die Kohlenäuregehalt der Luft zu senken. Die künstliche Lüftung kann durch Ventilatoren oder Gebläse erreicht werden, die an den Wänden oder an der Decke des Raumes angebracht sind. Die künstliche Lüftung ist besonders wichtig in den Fabriken, wo die Kohlenäuregehalt der Luft durch die Verbrennung der Kohlenstoffe sehr hoch sein kann. In den Fabriken ist die künstliche Lüftung notwendig, um die Gesundheit der Arbeiter zu schützen.

der Raum künstlich ventiliert werden. Diese Ventilation kann entweder durch die Öffnungen der Räume erreicht werden oder durch maschinelle Hilfsmittel, durch Exhaustoren, oder durch „brüsende“ oder „laugende“ Ventilatoren. Die Exhaustoren, die die Luft absaugen, können durch Wasser (hydrodynamische) Exhaustoren oder durch Dampf betrieben werden. Bei in einem hydraulischen Exhaustor tritt Wasser unter Druck in ein Sangrohr ein, das an den zu entlüftenden Raum angeschlossen ist. Durch den Wasserstrahl wird die im Sangrohr befindliche Luft mitgerissen, wodurch ein luftverdünnter Raum entsteht, in den die unraue Luft abgezogen wird. Soll reine Luft einem Raume zugeführt werden, so werden fast ausnahmslos „Ventilatoren“ angewendet. Da es sich bei Lüftungsanlagen in der Regel darum handelt, große Luftmengen gegen einen kleinen Druck zu bewegen, so werden Schraubenventilatoren bevorzugt. Diese Schraubenventilatoren bestehen aus einem mehr oder weniger schnell rotierenden Rad, auf dem entweder gerade oder nach Art einer Schiffschraube gekrümmte Flügel angebracht sind, die die Luft vor sich drücken. Bei den bekannten Blaufarbventilatoren haben die Flügel die Gestalt von richtigen Schiffschrauben. In letzteren Fällen werden bei Lüftungsanlagen auch sogenannte Zentrifugalventilatoren angewendet. Diese Ventilatoren sind genau so wie die Zentrifugal- oder Kreiselpumpen gebaut, bei denen sich ein mit Schaufeln besetztes Rad in einem geschlossenen Gehäuse bewegt. Diese Ventilatoren müssen durch Kraftmaschinen angetrieben werden. In der Regel sind es heute Elektromotoren, die zum Antrieb von Ventilatoren Verwendung finden. Sie eignen sich wegen ihrer hohen Umdrehungszahl besonders gut dazu. Bei den Schraubenventilatoren kann man durch die einfache Weise des Flügelrad direkt auf der Welle des Motors montiert werden, wodurch die Übertragungsmechanismen, die bei Anschaffung und im Betrieb Geld kosten, wegfallen. Es mag hier noch erwähnt werden, daß die Ventilatoren im Bergbau und im Hochdruckbetrieb eine große Rolle spielen und daß dort Leistungen von vielen hundert Pferdekraften in Frage kommen. Diese Ventilatoren werden dann durch besondere Dampfmaschinen oder in neuerer Zeit durch Gasmotoren, denen Dampf

sollten. Den ankommenden Mitgliedern öffnete sich die dreijährige Klappe an der Saaltür durch drei laute Schläge: sie fielen dann ihre Büchlein in die Öffnung, eine unsichtbare Hand nahm sie in Empfang und nach geraumer Weile wurden sie eingelassen in den Tempel der Loge. Manche auch nicht, denn gleich zu Anfang hatte einer vergeblich auf die Öffnung der Türe gewartet. Des langen, ausichtslosen Wartens müde, zog er suchend von dannen; er war nicht in good standing, das heißt er war für mehr als acht Wochen Beitrags schuldig. Jedenfalls wurde die Kontrolle sehr streng gehandhabt. Selbst die austretenden Insassen des Vereinslokals mußten sich von neuem der Kontrolle unterwerfen.

Schließlich, nach zweistündigem Warten, kam ein Unionoffizier, tief die Kandidaten auf und verhörte sie mit unterfuchungsrichterlicher Würde und Feinlichkeit wegen der Eventualität einer ehemaligen Mitgliedschaft, etwaiger Streiftätigkeit, der Kenntnisse, Tätigkeit und Dauer der Ausübung des Berufes und dergleichen. Nach Vollendung des Verhörs und peinlicher Buchung verlangte er den Rest des Eintrittsgeldes: vier Dollar. (Ein Dollar muß bei der Einreichung des Aufnahmegesuchs entrichtet werden.)

„Ich kann doch unentgeltlich eintreten, denn ich bin seit 17 Jahren organisiert,“ bemerkte ich zu dem Offizier. — „In welcher Union?“ fragte der Offizier. — „In Deutschen Metallarbeiter-Verband!“ — „D. das sind kleine Vereine (small societies), die zählen hier nicht!“ — „Erlauben Sie, der Verband zählt 35000 Mitglieder!“ — „Wann, 35000 Mitglieder? Ganz unbekannt! Entweder Sie machen einen Bluff, oder wir sind so dumm wie ein —“ „Das letztere kommt der Wahrheit sehr nahe,“ war meine Antwort. Mit meinen weiteren Dollarzetteln ging er kopfschüttelnd von dannen. Kurz darauf kamen mehrere aus dem Saal und nahmen die Kandidaten noch im Detail in Augenschein. Besonders einer der Neulinge schien bei ihnen ein Spezialinteresse erweckt zu haben. Dieser wurde denn auch bald wieder von dem Offizier in ein Einzelverhör genommen. Wie ich dann am Schluß dieses ergebnislosen Abends erfuhr, hatte dieser früher, vor elf Jahren, in Illinois eine fürchterlich schwere Beweglichkeit auf dem Gebiete der technischen Terminologie sich merken lassen: er hatte einem ihm um ein Mehrerzeug angehenden Unionmann nicht den Namen des Instruments sagen können. Solche Sünden scheinen lange Weine zu haben und schwer vermerkt zu werden vor dem Richterstuhl der amerikanischen Union.

Alles nimmt einmal ein Ende. So auch schließlich das Warten auf den Einlaß in den Tempel der amerikanischen Gewerkschaft. Drei Offiziere, die Conductors (Führer) erschienen, riefen jeden Kandidaten beim Namen und stellten sie hübsch der Größe nach auf. Nachdem diese für die Union scheinbar unerlässliche Bedingung erfüllt war, stellte sich ein Conductor an die Spitze, einer ans Ende und einer nahm an der linken Seite Stellung. So geordnet und geleitet ging's hinein in den Tempel der Loge in langsamem, der Würde des Momentes angepaßtem Schritt. Besonders der zur Linken schreitende Conductor schien sich der Feierlichkeit und Würde bewußt: jeder Schritt, jede Miene ein — Zeremonienkasperl. Vor dem Präsidentenstuhl wurde die zehn Kopf hohe Kandidatenschaft von den Conductors in fehlerlosem Halbkreis geordnet. Dann trat einer vor und redete den „Stuhl“ mit vor Feierlichkeit tiefender Stimme an: „Meister Chairman, ich präsentiere hiermit diese Gentleman“ — er nannte unsere Namen — „als würdige Kandidaten für unsere Loge.“ — Der Chairman: „Gentlemen, sind Sie gewillt, Mitglieder dieser Loge zu werden?“ — Der Chor: „Yes.“ — Der Chairman: „So bitte ich Sie, den rechten Arm zu erheben und zu schwören...“ — Drei wichtige Schritte mit dem Hammer brachte die ganze Versammlung auf die Beine. Nachdem sich der Chairman überzeugt, daß sich alle in der vom Ritus erheischten Pofitur befanden, fuhr er, zu den Kandidaten gewendet, mit feierlicher Stimme, in pastoralem Tonfall fort: „So sprechen Sie mir den Schwur nach:

„Ich verspreche hier vor versammelter Mitgliedschaft dieser Loge auf das Allerfeierlichste (most solemnly), daß ich keinen von den Brüdern verraten will, noch verraten will, daß sie verraten werden; daß ich niemals einen anderen zur Mitgliedschaft beantragen werde, als einen nüchternen, fleißigen und weisen Berufskollegen; daß ich niemals einem Bruder ein Leid zufügen will, noch erlaube, daß ihm eines zugefügt wird; daß ich ihn auf drohende Gefahren aufmerksam machen will, soweit es mir möglich ist; daß ich gegen die Stücksarbeit und die Bedienung von zwei oder mehr Maschinen wirken will.“

Der Schwur ist lang. Während des Nachsprechens versagen nach und nach nicht nur die Stimmbänder, sondern auch die Muskeln des in die Höhe gestreckten Armes den Dienst. Dieses Schwurmittel folgt entgegen aller rituellen Satzungen höchst ungeremoniell dem Gesetze der Schwerkraft. Auch der anfänglich sehr feierliche Ton verliert sich in ein unbestimmbares Gemurmel. Mich beachte dabei, ich wäre um anderthalb Jahrzehnte zurückverfest und hände auf dem bäuerlichen Langboden in Oberösterreich, wohin uns handwerklich-burcheilose „Berufstätigkeit“ geführt hatte. Dort murmelten wir mit der bäuerlichen Weiberchaft das Abendgebet, zu dem uns das Abendläuten geschreckt hatte.

osengas zugeführt wird, angetrieben. Sie haben dort Flügelräder von einem Durchmesser von 4 und 5 Meter. Auch beim Gießereibetrieb zur Windlieferung für Schmiedefeuer und für Hoffereien werden Ventilatoren häufig verwendet.

Es muß noch erwähnt werden, daß die in den zu kühlenden Raum durch den Ventilator hineinzubringende Luft auch wirklich rein sein muß. Die Luft wird daher oft in Staubkammern oder durch Filter — zum Beispiel wollene Gewebe — von Staub gereinigt. Wenn es erforderlich ist, muß die Luft auch durch Zerstäuber oder Verdampfungspannen befördert werden. Doch ist im allgemeinen zu feuchte Luft schädlicher als zu trockene.

Außer der Lüftung spielt noch in unseren Gegenden die Heizung eine große Rolle im täglichen Leben. Es ist wohl unnötig, auseinanderzusetzen, weshalb geheizt werden muß und daß ein Innenraum, in dem man sich ständig aufhält, eine gewisse Temperatur haben muß, die einen großen Teil des Jahres nur durch künstliche Mittel, durch Wärmezufuhr erzielt werden kann.

Diese Erwärmung der einzelnen Räume kann nach zwei verschiedenen Prinzipien erfolgen. Entweder als örtliche oder Lokalheizung oder als Zentralheizung. Fernheizung, auch Sammelheizung genannt. Bei der Lokalheizung wird jeder Raum für sich erwärmt, und zwar in der Regel durch Öfen, in denen irgend ein Brennstoff: Holz, Kohle, Gas oder Petroleum verbrannt wird. Die idealste örtliche Heizung wäre die, bei der die Wärmenwirkungen des elektrischen Stromes benutzt würden. Es gibt wohl eine Reihe elektrischer Heizapparate, aber zu praktischer Bedeutung ist die elektrische Raumheizung noch nicht gekommen, weil die Betriebskosten noch viel zu hoch sind. Es müßten die Erzeugungskosten für elektrische Energie viel niedriger werden, um elektrische Heizung rentabel zu machen.

Bei der Zentralheizung geschieht, wie der Name schon sagt, die Erwärmung einer größeren Anzahl von Räumen von einer zentralen Stelle aus. Die Zentralheizung kann nach verschiedenen Prinzipien arbeiten: als Wasserheizung, als Dampfheizung und als Luftheizung, je nach dem Mittel, das zur Wärmeabgabe verwendet wird. Bei der Warmwasser- und bei der Dampfheizung sind in allen zu erwärmenden Räumen Heizkörper aufgestellt, denen durch eine Rohrleitung heißes Wasser oder heißer Dampf zugeführt wird und die dann ihre Wärme an den Raum abgeben. Je nachdem Wasser von 100 oder 150 Grad Celsius verwendet wird, unterscheidet

Dem Schwur folgte die Verlesung der Satzungen und der rituellen Vorschriften. Nachdem die Leistungen der Union bekannt gegeben, wurde einem durch die Verlesung des Strafregisters der Müden noch mehr gekümmert. Es folgte nun allerdings auch gleich der Trost, daß kein Mitglied mit mehr als 50 Dollar, das sind nur 21 Reichsmark, gebüßt werden könne. Weiter wurde gelehrt: Durch Besuch der Meetings und durch das Studium unserer Gesetze und Nebengesetze werde ihr unsere Zeremonien und Geheimarbeit (secret work) kennen lernen. Für den sofortigen, absolut notwendigen Gebrauch diene das folgende: Die Ankunft an der Saaltür ist durch drei Schläge von außen anzukündigen. Das Mitgliedsbüchlein ist durch die Türklappe zu geben, damit der Türhüter (Sergeant-at-Arms) es kontrollieren kann. Der Präsident ist vor dem Pult in der Saalmitte (dem Lauffein) durch folgende Bewegung — das Gruppzeichen wird praktisch gelehrt — zu begrüßen, ebenso der Ausgang. Das Niederstehen und der Fortgang dürfen nicht eher erfolgen, bis der Chairman den Gruß erwidert hat. Über diese Grußbewegung werden katholische Gesellen am meisten erfreut sein, denn sie hat eine verteilte große Ähnlichkeit mit der Kreuzschlagerei der oberflächlichen Kirchenfrommen. Selbstverständlich darf kein Mitglied eingelassen werden, das nicht in „good standing“ ist, kein Neleger als Mitglied beantragt werden, keinem Berufs-fremden oder gar einem Handlanger der Beruf gelernt werden. Wer dieses Verbot übertritt, dem ist der Ausschuß sicher.

Die Episteln waren alle verlesen. Die neue Bruderschaft mußte sich nun drehen, die vordere Breitseite der versammelten Unionsschaft zuwenden. Diese ordnete sich, zog im Gänsemarsch vorbei und drückte jedem einzelnen der neuen Brüder die Hand. Mit: „Ich bin glücklich, dich zu sehen,“ oder: „Ich bin erfreut, dir als Bruder die Hand schütteln zu können,“ wurde jeder begrüßt.

Auch dieser Reiz, bitter in seiner Banalität und Unerfüllbarkeit, geht vorüber. Der Gang zum Kaffee folgt. Dieser läßt nun die so vielgepriesene amerikanische Zigarrete vollständig vermissen. In derselben Zeit, in der die paar Beitragszahler vor uns abgefertigt wurden, werden anderwärts ebensoviele Duzend befriedigt. Die Buchführung oder die Technik der Beitragszahler trägt Schuld an dieser Langsamkeit.

Diese Wartezeit brachte Ruhe genug, die Versammlung mit ihrem Drum und Dran zu beobachten. Der siebte Punkt der Tagesordnung stand zur „Debatte“: Mitteilungen. Ein Bruder war gestorben. Daß sein Ableben durch Erheben von den Siben geschet werden müsse, darüber war man einig. Aber nicht über die Zeitdauer dieser Erhebung: die Ansichten schwankten zwischen einer bis drei Minuten. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, den toten Kameraden durch eine Erhebung von einer Minute zu ehren. Einige Chronometer flühten aus den Taschen. Nach Ablauf der sechzig Sekunden wurde laut gegen den Chairman wegen Überschreitung der Zeit gemaullt. Vom Erhabenen zum Lächerlichen ist nur ein Schritt.

Dann wurde der Ausschuß von drei Mitgliedern wegen Streikbruch beantragt. Einer von diesen, der gerade anwesend war, wurde, nachdem er in stichlicher Verbüßtheit einige unvorsätzliche Worte gemurmelt, aufgefordert, den Saal zu verlassen. Die gewählte Untersuchungskommission verließ auch den Saal, kam aber sofort wieder und befürwortete den Ausschuß. Die sofortige Abstimmung ergab einstimmige Annahme des Antrags. Diese Prozedur bei gleicher, gewissenhafter Zügigkeit konnte dann in späteren Versammlungen noch oft gesehen werden. So schwer und zeremoniell der Eintritt, so leicht und knipellos der Hinauswurf. Ein Mitglied sollte mit 25 Dollar gebüßt werden, 15 Dollar konnte oder wollte er nur zahlen. Nichts zu machen. Die Folge? Ausschuß.

Die Tagesordnung eines jeden Meetings ist sachungsgemäß immer dieselben 15, in Worten: fünfzehn Punkte, die mit slavischer Treue durchgehelt werden. Nahezu alle diese Punkte werden anderswo unter „Verhiedenes“ in einer Viertelstunde erledigt. Im kleinen offenbar sich hier der Meister in abichtender Weise.

Mitternacht war vorbei, als ich auch ein Mitgliedsbuch erhielt. Das Eintrittsgeld (5 Dollar), zwei Monatsbeiträge (à 1 Dollar) und ein Ertragsbeitrag (1 Dollar), zusammen 8 Dollar = 88,60 M hatte diese meine Mitgliedwerbung gekostet. Aber was macht das? Diese lumpigen Dollar wiegen bei einem Proletarier gar nichts für die Bruderschaft in der „besten und stärksten Union auf Gottes Erde“.

Wibbelig wie ich bin, wollte ich mit der Unionkarte in ein anderes Lokal derselben Union (Verwaltungshalle) eindringen. Ich nahm an: einmal Mitglied der Union, müsse man in den anderen Anlagen derselben Organisation ohne weiteres Zutritt haben. Diese Annahme war eine „schiefe Witzelung“. An der Türe der anderen Loge begann ich die gelehrte „Geheimarbeit“ zu praktizieren: drei Schläge an die Türe — die Klappe öffnete sich. Das hineingestreckte Buch verschwand, kam aber weder mehr zum Vorschein, noch öffnete sich die Pforte. Nach mehreren Quarts d'heure de Babelais (Augenblicken der Verlegenheit) kamen zwei Conductors und führten mich feierlich vor den Taufstein der Versammlung. Nach feierlicher Begrüßungsrede durch den Chairman durfte ich mich zu meinen geliebten Brüdern setzen.

Bibliotheken habe ich in allen unseren Logen vergeblich gesucht. Die Mitglieder scheinen Aufführung und Bildung nicht nötig

man Niederdruckwärmwasserheizung oder Mitteldruckwärmwasserheizung. Bei der Dampfheizung unterscheidet man wieder Niederdruckdampfheizung mit einer größten Dampfspannung von 0,5 Atmosphären überdruck und Hochdruckdampfheizung mit 5 bis 6 Atmosphären überdruck im Kessel.

Bei der Warmwasserheizung sind Kessel und familiäre Leitungen ganz mit Wasser gefüllt. Wird der Kessel geheizt, so werden die wärmeren Schichten des Wassers, die leichter sind als die kälteren, nach oben getrieben, so daß eine Zirkulation des Wassers eintritt. Das warme Wasser kommt so in die Heizkörper und gibt seine Wärme an den zu erwärmenden Raum ab. Es wird dadurch kalt und schwer und sinkt wieder nach dem Kessel zurück, so daß es einen vollständigen Kreislauf durchläuft.

Bei der Niederdruckdampfheizung ist der Kessel nur zum Teil mit Wasser gefüllt. Der erzeugte Dampf gelangt in die Heizkörper, gibt dort seine Wärme ab und kondensiert, das heißt er wird wieder zu Wasser, das durch Rückleitungen zum Kessel zurückfließt und ihn wieder speist.

Eine dritte Art der Zentralheizung ist die sogenannte Luft-heizung, bei der die Räume durch Zuführung von warmer Luft erwärmt werden. Da immer frische Luft in den Raum tritt, findet durch diese Heizung zugleich eine Lüftung statt, weshalb dieses System wohl das beste genannt werden kann. Je nach der Art, wie die Luft erwärmt wird, unterscheidet man eine Feuerluftheizung oder eine Wasser- oder Dampf-Luftheizung.

Nach diesem Prinzip der Luftheizung ist auch die Heizung und Lüftung im Fabrikneubau der Aktiengesellschaft L. Löwe & Co. in Berlin durchgeführt. Nachstehend mögen einige Einzelheiten der Anlage nach einem Bericht von Fröhlich im Gesundheitsingenieur näher beschrieben werden.

Der gesamte Neubau bedeckt eine Grundfläche von 3800 Quadratmeter und hat zwei Stockwerke. Die Höhe der Arbeitsräume im Untergeschoß beträgt 6,5 Meter, im ersten Stockwerk 4,5 Meter und im zweiten Stockwerk 4,4 Meter. Bei Berechnung der Heizapparate war mit einer niedrigeren Lufttemperatur von 15 Grad Wärme gerechnet worden. Die Temperatur sollte dann im Keller auf 12 Grad, in den übrigen Räumen auf 18 Grad Wärme gebracht werden. Zu diesem Zwecke und zwecks gleichzeitiger Lüftung wurde eine kombinierte Dampf-Luftheizung und Lüftungsanlage eingerichtet. Das zur

zu haben. „In Europa mag das notwendig sein,“ jagte ein Unionsekretär, „aber wir American Boys lernen das in der Schule.“ Auch Vorträge in irgend welcher Gestalt habe ich in den Duzenden von Meetings noch nicht gehört. Politische oder gar religiöse Diskussionen sind strengstens verpönt und ökonomische auch. Oder nicht? Ach ja, die Satzung erlaubt gnädiglich zwanzig Minuten für diese Sache. Aber von einer Debatte dieser — Konzeption scheinen die Brüder nichts zu halten. Die Organe, meist Monats-journale, haben kaum agitatorischen Wert; ihre Aufklärungsarbeit ist äußerst minimal. In der Hauptsache überwiegt darin der Stoff, der das tägliche Tun und Treiben des Gesprächs (Berichtsführer) in behäbiger Dreispurigkeit wiedergibt.

Der (oben beschriebene) Ritus in der Loge, in die ich eintrete, ist immerhin noch gering. Gewiß wurde die Beobachtung der rituellen Vorschriften eifrig bewacht und auf die Einhaltung streng gedrungen. Aber anderwärts sahen und hörten wir noch von ärgerem Mummenschanz, und die Diskussion über den Ritus und dessen Kommerzialisierung war vielfach noch ärger. Auch ist in anderen Unionen der Eintritt noch schwieriger und teurer. Betrag damals bei uns das Eintrittsgeld 5 Dollar und heute 10 Dollar, und für Wiedereintretende 15 Dollar, so steigt es in anderen Organisationen bis zu 300 Dollar, das sind fast 1300 M. Daran allein schon ist zu ersehen, daß unsere Union nicht vergeblich — die in jeder Beziehung „beste und stärkste auf Gottes Erde“ genannt wird. Nur einmal trafen wir in einem größeren „Dorfe“ am Mississippi eine unserer Logen ohne die Anwendung des Ritus. Dieser Mangel wäre geeignet, einen vollständigen amerikanischen Unionmann auf den Rücken zu werfen. Diese zeremonienlose Loge war eine sogenannte deutsche. Der Türhüter, ein „Kollega hümmliches“, und der Chairman, ein „Kollega ungarisches“, waren außerstande, den Talum der Union zu lesen. Gegen ein Hindernis von solcher Massivität ist natürlich nicht aufzukommen.

Zum Glück sind die Ritusübungen äußerst schwach besucht. Würden in einem Meeting auch nur 500 Mann erscheinen, wäre seine Ausübung nicht aufrechtzuerhalten. Bei einigen Duzend Teilnehmern läßt sich mit ihm eine Unterhaltung schon führen. Selbstverständlich müßte, wenn die amerikanische Gewerkschaftsbewegung eine Organisation, das heißt ein Organismus mit mitwirkenden Zellen sein wollte, und nicht eine von Beamten bewegte Maschine, der gesamte Mummenschanz, die geschlossenen Türen und hohen Eintrittsgelder radikal verschwinden. Eine Bewegung, die von der Masse des Volkes getragen werden soll, muß allen leicht zugänglich und verständlich sein.

Erzählt man einem echten Unionmann, daß die europäischen Gewerkschaften keinen Ritus, wohl aber offene Türen für alle Arbeiter haben, so rufst er entsetzt: „Um des Himmels Willen, da müßt ihr ja alles voll Pinkertons haben und die Unternehmer ja alle eure Geheimnisse kennen!“ Wird ihm darauf geantwortet, daß es drüben überhaupt keine Geheimnisse gibt und daß die Pinkerton-frolche eben durch die Festschachtelerei, Ritus genannt, auf dem freien amerikanischen Boden gezüchtet werden und daß drüben die Korruption von Gewerkschaftsbeamten nachgerade unbekannt ist, so schüttelt er wie Thomas der Ungläubige den Kopf. Es gilt ihm als sicher, daß im old Country (alten Lande) die Gewerkschaftsbewegung nicht so up-to-date (auf der Höhe der Zeit) ist, wie die amerikanische.

Zu bemerken ist, daß unter diesen Umständen noch so viele Arbeiter am Faden der proletarischen Pflicht entland den Weg durch dieses hindernisreiche Labyrinth finden; daß trotz der bleiernen Langweiligkeit in den Meetings doch noch welche darin ausfallen. In Deutschland zum Beispiel brächte man eine Versammlung mit solchen hinterlistigen Themen zum zweitenmal nicht mehr zusammen. Es scheint, daß hier, wo das Wort time is money (Zeit ist Geld) im Superlativ gelten soll, die Arbeiter den Mißbrauch mit ihrer Zeit und Ausdauer nicht tragisch nehmen. Aber einem Herbert Spencer sei schon die göttliche Geduld der Amerikaner mit dem Mißbrauch auf.

Aus dem Bereich der Hüttenindustrie.

Seit den Apriltagen des vorigen Jahres, als der Reichstag die Hüttenarbeiteranträge annahm, hat man von dem weiteren Verlauf der Sache fast nichts mehr gehört. Kommt die Untersuchung, kommt sie nicht? So wurde wohl in Gerechtigkeit gefragt und geraten. Jetzt endlich scheint ein kleines Licht aus dem Dunkel der Hüttenwerke an die Öffentlichkeit zu dringen. So macht, wie der „christliche“ Deutsche Metallarbeiter mitteilt, ein Werkantrag der Brebacher Hütte im Saarrevier folgendes bekannt:

„Der Herr Minister für Handel und Gewerbe wünscht einen Arbeiter aus der großen Hüttenindustrie des Saarreviers, auch einen Arbeitergeber. Der Arbeiternehmer wird von der Firma Rudolf Wötting & Co. (Halbergerhütte) von den Arbeitern gewählt, von den Feuerbetrieblen, Hochöfen und Koksanlagen. Die Wahl wird abgehalten vom königlichen Gewerbeinspektor, welche stattfindet am Dienstag den 28. dieses Monats (Februar?) von 5 bis 7 Uhr. Ein Arbeiter soll gewählt werden, der zum Wohle der Arbeiter steht. Der zu Wählende

Heizung und Lüftung erforderliche Luftquantum beträgt 120000 Kubilmeter in der Stunde. Die Luft wird von außen zuerst durch ein Kolbenfilter geleitet, in dem sich etwaige mechanische Beimengungen wie Staub, Schmutz etc. absetzen und gelangt dann in eine Heizkammer. Diese Heizkammer kann gegen außen durch Drehklappen ganz oder teilweise abgeschlossen werden, wodurch der Luftzutritt reguliert wird. Die Türen werden durch Seilzüge betätigt, die vom Bedienungsraum aus gehandhabt werden können. Zur Erwärmung der Luft in der Heizkammer dienen zwei Walzenkessel. Diese Walzenkessel enthalten jeder 121 Rohre, durch die die Luft getrieben wird und die von Dampf unter 3 Atmosphären Spannung umspült werden. Von den Heizapparaten wird dann die warme Luft durch zwei „Sirocco-Ventilatoren“ weiterbefördert. Diese Ventilatoren sind nach dem Typus der Zentrifugalventilatoren gebaut. Das Flügelrad ist trommelförmig und mit zahlreichen langen, in radialer Richtung kurzen Schaufeln, die in der Drehrichtung vorwärts gekrümmt sind, besetzt. Die Ventilatoren werden durch Riemen von Elektromotoren von je 25 Pferdestärken Leistung angetrieben. Die Ventilatoren selbst besetzen sich natürlich im Heizraum, während die Elektromotoren sich in dem durch eine feste Mauer vom Heizraum getrennten Betriebsraum befinden. Dadurch werden einerseits die Motoren gegen die Wärme, andererseits der Maschinist gegen den Luftzug geschützt und die Bedienung zentralisiert. Der Dampf zur Heizung der Kessel wird von der Feischdampfleitungs- oder Hauptzentrale der Fabrik entnommen, wobei natürlich die erforderlichen Ventile etc. vorgesehen sind. Die Verteilung der auf circa 50 Grad erwärmten Luft in die einzelnen Räume geschieht durch Druckkanäle, die nach Möglichkeit an den vertikalen Innenräumen und Pfeilern verlegt sind. Die horizontalen Kanäle bestehen aus Zentralkanälen, die vertikalen aus Schweiß-eisen. Sie münden in den einzelnen Räumen in 3 bis 4 Meter Höhe über dem Fuß, wodurch Belästigungen durch Zugluft vermieden werden. Jede Ausströmöffnung hat eine in handlicher Höhe angebrachte Regulierklappe. Außerdem haben die Hauptluftkanäle eine im Kellergehobene liegende Zuluftklappe. Die kompletten Anlagekosten stellen sich auf circa 50000 M., die jährlichen Betriebskosten auf 12000 M. Es wäre zu wünschen, daß die Erkenntnis von der Wichtigkeit solcher Anlagen in immer weitere Kreise dringen würde und ohne Rücksicht auf Kosten Entlüftungsanlagen in allen größeren Werkstätten und Fabriken eingeführt würden.

Korrespondenzen.

Formen.

Düsseldorf. Der Regulator macht in letzter Zeit in „Geschichtsschreibung“ nach dem Lange (Hamburg) einige „Artikel“ über die Werftarbeiterbewegung verbrochen hatte, fand er einen Nachahmer in der Person seines Kollegen Jagenhofen in Düsseldorf, der eine „Geschichte“ der Düsseldorf-Formerbewegung vom Jahre 1906 vom Stapel ließ. Wir haben nicht die Absicht, unseren Freund in diesem Vergnügen dadurch zu stören, daß wir auf diese „geistige“ Arbeit näher eingehen. Die „Geschichte“ ist eben so geschrieben, wie sie unserem Freunde Hubert in den Kram paßt, sie enthält neben der tendenziösen Darstellung eine ganze Menge von tatsächlichen Unrichtigkeiten. So wird unter anderem behauptet, daß Jäger bei Geiger vorstellig geworden sei und Donsbach mit einem Schirm auf der Brücke gestanden habe, um zu winken, wenn geübt werden sollte. Jäger war aber bei Geiger überhaupt nicht vorstellig geworden, sondern Donsbach, der mit dem Schirm auf der Brücke gestanden haben soll. Wir verzichten also darauf, unsere kostbare Zeit mit einer Widerlegung der „Geschichte“ zu verschwenden. Wenn wir überhaupt die Artikel an dieser Stelle erwähnen, so aus dem Grunde, weil wir eine kleine Ergänzung auf Lager haben, die wir im Regulator vermissen. Der Gewerkeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter machte in Düsseldorf die Formerbewegung mit, ohne über die dazu nötigen finanziellen Mittel in der Lokalkasse zu verfügen. Er sah sich deshalb genötigt, einen Lokalbeitrag zu erheben. Dieser Beitrag wurde erhoben in derselben Höhe wie bei uns, 13 Wochen à 25 Pf. So etwas geht nun wohl im Deutschen Metallarbeiter-Verband, aber nicht bei den Jüngern von Max Hirsch. Lange genug hatte man gehört, daß der Gewerkeverein für 10 Pf die Woche Wunder wirken könne. Verschiedentlich hatten die alten Mitglieder murrend Beitragserhöhungen über sich ergehen lassen. Nun aber, als sie 25 Pf die Woche Beitrag zu bezahlen sollten, wurde ihnen die Geschichte zu dumm: sie rissen aus. So wurde die Formerbewegung in Düsseldorf der Unklarheit, daß der Gewerkeverein 200 Mitglieder einbüßte. Manche Leute behaupten, daß dieses auch ein Erfolg der Formerbewegung sei. Jedenfalls aber wäre die Seite der Sache wichtig genug gewesen, von dem Chronisten Hubert Jagenhofen registriert zu werden. Weil er es aber nicht tat, haben wir es hiermit nachgeholt. Hoffentlich ist unser Freund Hubert dankbar dafür.

Graben. Zugang von Formern ist fernzuhalten, da bei der Firma M. Benkt 55 Kollegen gekündigt wurde. Ausführlicher Bericht folgt in nächster Nummer.

Ludwigsburg. Seit 25. Februar stehen die Formner der Gießerei von G. W. Barth im Streit, der ihnen von der Firma aufgedrängt wurde. Fortgesetzte Entlassungen der organisierten Kollegen und Vertrauensmänner waren an der Tagesordnung, die Behandlung durch den Gießereimeister Seybold läßt viel zu wünschen übrig. Es lohnt sich nicht, über die Zustände der Gießerei viel zu schreiben; die Formner werden ersucht, Ludwigsburg streng zu meiden.

Graveure und Ziseleure.

Berlin. Wir menden uns an die Kollegen, um sie zu veranlassen, mehr als je ihre Aufmerksamkeit nicht nur auf ihre eigene Organisation, sondern auch auf den Bund selbständiger Graveure, Ziseleure und verwandter Berufsgruppen Deutschlands zu konzentrieren. Die Ereignisse der letzten Zeit zwingen uns, ein wenig genauer auf die Bestrebungen unserer Prinzipale zu achten, und soweit wir davon betroffen werden, Maßnahmen dagegen zu ergreifen. Es wird dem größeren Teile unserer Kollegschaft bekannt sein, daß neben anderen Fragen die organisierten Graveure- und Ziseleure u. s. w. auf ihrem letzten Kongress in Düsseldorf auch die Anträge diskutierten, die eine durchgängige Preisserhöhung für alle Arbeiten zur Folge haben sollten. Solche Anträge zu stellen wollen wir unseren Herren Prinzipalen durchaus nicht verwehren, dem jeder versucht eben auf seine Weise Vorteile zu erringen. In dessen, nach Lage der Dinge liegt die Vermutung sehr nahe, daß die zu Forderungen an die Fabrikanten verdichteten Anträge sehr bald die Form von energielosen Wünschen annehmen werden, und schließlich wird das Streben darauf hinauslaufen, auf einer anderen Seite das zu holen, was man auf der einen nicht erhalten kann. Bei ihrer beabsichtigten Preisserhöhung werden die Prinzipale gegen Widerstände zu kämpfen haben, wie sie uns unsere Prinzipale entgegensehen, wenn wir an sie Forderungen stellen. Das Ende vom Liede wird sein, daß man sich an den Gehilfen schadlos zu halten sucht für den nicht erhaltenen Preisaufschlag. Deshalb halten wir es für angezeigt, jetzt, wo die Berliner Filiale des Bundes selbständiger Graveure und Ziseleure u. s. w. (sicherlich mit Nachdruck) ihre Wünsche zum Preisaufschlag äußert, auf die Art und Weise einzugehen, wie das geschieht. Daraus wollen wir auch den Nachweis führen, daß wir es in erster und letzter Linie sein sollen, die als Kardinale herhalten müssen. In einem Schreiben an ihre Kundschaft verweisen die Berliner Prinzipale, soweit sie im Bunde organisiert sind, auf den fortgesetzten Niedergang der Preise und die stetig wachsenden Unkosten, die angeblich hervorgerufen sein sollen durch die ständigen Lohnniederungen und Arbeitszeitverkürzungen, und sie gelangen dann dahin, eine 20prozentige Preisserhöhung für alle Arbeiten zu verlangen, um wenigstens einen kleinen Nutzen zu erzielen, der tatsächlich seit Jahren nicht mehr zu verzeichnen gewesen sei. Nur so könnten die Arbeiten in gleicher Güte wie bisher geliefert werden. Unter diesem Schreiben befinden sich Namen Berliner Prinzipale, die, wenn man gewissen Gerüchten glauben darf, selbst im Kreise der Prinzipale sich eines allzu guten Klanges nicht rühmen können, die stets genannt werden, wenn von Preisdrückern und anderem mehr die Rede ist. Insbesondere, trotz der vielen Gedanken, die unser Hirn durchkreuzen, wollen wir uns mit der Tatsache abfinden, daß durch die Konkurrenz unter unseren Prinzipalen der eine das andere Leufel und schließlich dieses Schriftstück für jemanden auch nur ein Mittel zum Zweck ist. — Die leidige Konkurrenz! Vielleicht denken die Herren Prinzipale, daß gegen diese durch einen projektualen Preisaufschlag vorgegangen werden kann. Doch das heißt allzu viel Naivität bei den Meistern voraussetzen; denn wenn man deren Äußerungen aus früherer Zeit in Betracht zieht, so ergibt sich, daß die Prinzipale absolut nicht fähig sind, die scharfe Konkurrenz auszuhalten. So lesen wir es wenigstens in einem Flugblatt an die Gehilfen, das seinerzeit zu deren „Aufklärung“ herausgegeben wurde. — Nun ist von einem fortgesetzten Niedergang der Preise im Gewerbe die Rede. Brauchen wir lange nach der Ursache eines solchen Niederganges zu suchen? Wir haben schon auf die Konkurrenz hingewiesen. Tatsächlich ist es dadurch dahin gekommen, daß der jetzige wirtschaftliche Tiefstand unseres Kunstgewerbes erreicht werden konnte. Aber auch unsere eigenen Kollegen, die Gehilfen, sind mit daran schuld. Es ist kein Geheimnis, daß die Prinzipale es verstanden haben, die Intensität der Arbeitsleistung bei den Kollegen derartig zu steigern — Ausnahmen bestätigen nur die Regel —, daß eine noch größere Leistungsfähigkeit so gut wie ausgeschlossen erscheint, oder doch, wo sie strebt wird, nicht ohne schwere körperliche Schäden abgehen würde. Insbesondere ist es Berlin, das den traurigen Ruhm hat, in dieser Hinsicht unübertroffen dazustehen. Die Kollegen, die ohne den Rückhalt einer Organisation waren, die aus unbegreiflichem Indifferentismus gegen die Interessenvermittlung unter sich Front machten, versuchten sich gegenseitig anzuspüren, indem der eine den anderen jenseits, was Arbeitsleistung anbelaugt, zu übertrumpfen suchte, ohne Rücksicht darauf, daß darunter die Güte der Arbeit leidet. Man kann nur darauf bedacht, den Nachweis zu erbringen, der „Vorzüglicher“ zu sein, der auf höhere Entlohnung allein ein Anrecht habe. Sie haben somit jedes Mitglied für natürlich weniger begabte, weniger leistungsfähige Kollegen beiseite gesetzt. Diese so von den eigenen Kollegen gedrückte und getretene Gehilfenschaft wurde zum Faktor der Verhinderung, indem ihr Angebot zu immer geringerer Entlohnung geschah. Damit war den Prinzipalen die Gewähr gegeben, bei Forderungen der sogenannten befähigteren Arbeiter die schwächeren gegen sie aus-

zuspielen. Die Kollegen haben sich die Jahre hindurch auf diese Weise selbst zerfleischt. Daher kommt es auch, daß viele unserer Kollegen die leicht verständlichsten Fragen nicht zu begreifen, dazu keine klare Stellung einzunehmen vermögen. Diese Fragen sind: Verkürzung der Arbeitszeit, Abschaffung der Afford- und Heimarbeit, ebenso der Überstunden, und wenn diese durchaus nicht zu vermeiden sind, einen projektualen Aufschlag dafür, ebenso für Sonntags- und Nachtarbeit, Bezahlung der Feiertage, Einführung einer Verfestigungsstala, Minimallohne für Ausgelernte u. s. w. Dadurch, daß diese Punkte nicht geregelt sind, entstehen auch die Differenzen bei den Preisen, die Ursachen für deren Niedergang sind darin verborgen. Also sollten sich die Prinzipale den Gehilfenforderungen nicht so hochbeinig gegenüberstellen. Die Prinzipale reden in ihrem Schreiben von den stetig wachsenden Unkosten, die angeblich durch die fortwährenden Lohnniederungen und Arbeitszeitverkürzungen herbeigeführt seien. Wollten unsere Herren Prinzipale von wachsenden Unkosten unter Bezugnahme auf die ständig steigenden Lebensmittelpreise, die erhöhten Mietzinsen, die Verteuerung des Rohmaterials sprechen, so hätten sie auch unseren Beifall. Statt dessen versucht man, die Gehilfen auszuspielen. Durch fortwährende Lohnniederungen und Arbeitszeitverkürzungen sollen die wachsenden Unkosten herbeigeführt sein? Ja, woraus können denn die Prinzipale derartiges konstatieren? Zugeständnisse einzelner Prinzipale können doch nicht zum Verallgemeinern benützt werden. Die Gesamtheit der Prinzipale hat es aber mit Zugeständnissen nicht eilig, trotz der mit Empörung gegebenen Erklärung: „Wir sorgen für unsere Gehilfen in jeder Weise von selbst bis zur Grenze des Möglichen.“ Was verstehen die Herren darunter eigentlich? Soweit einzelne Kollegen eine Arbeitszeitverkürzung und Lohnniederung erreicht haben, ist auch zu konstatieren, daß diese Konzeption wohl in fast allen diesen Fällen durch die gesteigerte Arbeitsleistung wettgemacht wurde. In dem Schreiben der Prinzipale ist auch der Wunsch ausgedrückt, die Saisonarbeit durch entsprechendes Erteilen der Aufträge zu beseitigen. Auch hier wie bei der Beseitigung der Konkurrenz muß der Druck von unten kommen, die Prinzipale können ohne uns auch hier nichts unternehmen. Wenn die Verhältnisse in unserem Gewerbe gebessert werden sollen, so ist dies nur möglich, wenn zuerst jede unserer Forderungen erfüllt wird. Haben wir über ganz Deutschland den Achtstundentag, ist jedes Unwesen bezüglich der Afford- und Heimarbeit beseitigt, sind weiterhin Überstunden nicht mehr zu verzeichnen, oder ist die Höherbezahlung derselben, ebenso bei unvermeidlicher Nacht- und Sonntagsarbeit in den Verhältnissen entsprechender Weise geregelt, werden weiterhin die Feiertage durchgängig mitbezahlt, ist eine Gehilfenstala aufgestellt und ist eine Vereinbarung bezüglich der Löhne, besonders des Minimallohnes für Ausgelernte getroffen: dann ist die Möglichkeit geschaffen, die Schmutzkonkurrenz unter den Prinzipalen aufzuheben und die Mißstände anderer Art zu beseitigen. Selbstverständlich sind wir uns klar darüber, daß die Prinzipale nicht damit einverstanden sind, so mit uns Hand in Hand zu gehen, sie werden vielmehr kein Mittel unversucht lassen, uns in unseren Bestrebungen zu hindern. Wenn die Prinzipale einen Erfolg mit ihrem Schreiben erzielen, so wird es der sein, unsere Kollegen zur Erkenntnis zu bringen, daß sie sich alle der Organisation anschließen müssen. Nur der Verband, wenn alles um seine Fahne sich schart, kann für die entrechtete Masse Vorteile erringen, und damit auch für unsere Berufsgruppen. Niemand zögere daher, seinen Anschluß zu vollziehen, jeder trage dazu bei, das Ganze stark zu machen, um dann selbst durch das Ganze zu werden.

Stempner.

Stuttgart. Mit der hiesigen Glaschernerung ist wieder ein Tarif abgeschlossen worden, worüber in nächster Nummer ausführlicher Bericht folgt. Die Sperre ist wohl aufgehoben, aber es sind noch 40 arbeitslose Glaschner hier, so daß für zureisende Kollegen keine Aussicht besteht, hier Arbeit zu erhalten.

Metallarbeiter.

Altenburg. (Hirsch-Dunderiana.) Zu einem der beliebtesten Kampfmittel des Regulator gehört die Anweisung der Mitgliederzahl des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, obwohl aus unserer Beitragsleistung die Mitgliederzahl sich ohne umständliche Rechnungsmethode ergibt. Wie aber im Hirsch-Dunderischen Gewerkeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter oder von den Ortsvereinen die Mitgliederliste geführt wird, geht aus folgendem hervor: Im Ortsverein Altenburg zahlte ein „Mitglied“ bis zur 19. Woche (18. Mai 1907) seine Beiträge zum Gewerkeverein; der Begräbniskasse und Krankenkasse gehörte das „Mitglied“ nicht an. Anfangs Februar 1908 erging an den Betreffenden folgende Mahnung: „Werter Kollege! Bei Durchsicht der Kassenbücher haben wir leider bemerkt, daß Sie mit Ihren Beiträgen zum Gewerkeverein im Rückstand sind. Wir ermahnen Sie an den § 5 Abs. 2 unseres Statuts und würden uns freuen, wenn Sie dem Kassier die Kassenführung erleichtern würden. Es zeichnen mit kollegialem Gruß die Revisoren.“ Der § 5 Abs. 2 des Statuts des Gewerkevereins sagt nun, daß die Mitgliedschaft verloren wird: „2. durch Nichterfüllung der statutenmäßigen Verpflichtungen, speziell durch Nichtzahlen der Beiträge über vier Wochen hinaus.“ Dem Ausschuß steht jedoch das Recht zu, solchen Mitgliedern, welche nachweisen, daß augenblickliche Verhältnisse ihnen das Zahlen der Beiträge nicht ermöglichen, dieselben bis zu 13 Wochen zu stunden; werden die betreffenden Mitglieder jedoch krank und erhalten aus der Krankenkasse Unterstützung, so werden die rückständigen Beiträge von dem Krankengeld in Abzug gebracht. Der Ausschuß hat weiter das Recht, die restierten Beiträge von ausgeschiedenen Mitgliedern amangsweise, also gerichtlich, einzuziehen.“ Da in unserem Falle Stundung nicht beantragt war, hätte die Streichung bereits Mitte Juni 1907 erfolgen sollen. Wie aber der Ausschuß die Beiträge gerichtlich einziehen will, das bleibt, da der Gewerkeverein die Rechte einer juristischen Person nicht besitzt, der Weisheit der Hirschführer überlassen. Das gemahnte „Mitglied“ antwortete nicht auf die Mahnung der Revisoren, äußerte jedoch in Kollegentreifen, daß er keine Beiträge nachzahle, da er längst Mitglied im Deutschen Metallarbeiter-Verband geworden sei. Am 17. Februar 1908 erhielt das „Mitglied“ folgende Mitteilung durch unfrankierte Karte: „Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter Altenburg i. S. Altenburg, den 16. Februar 1908. Herr . . . Da Sie sich gegen mich, in so ordinarer Weise geäußert, haben, über mein baares ausgelegtes Geld von 13,50 M. sehe ich mich veranlaßt, bekomme ich bis zum 1. März mein Geld nicht, gebe ich es meinem Hochachtungsvoll Otto Schneider, kurzzeit Kassierer des Gewerkevereins der Maschinenbauer.“ — Den Hirsch-Dunderischen Führern scheint der § 152 der Gewerbeordnung unbekannt zu sein, sonst müßten sie doch Vorkehrung treffen, daß der § 5 Abs. 2 ihres Statuts eine andere Fassung erhält. Oder hat man den Paragraphen nur geschaffen, um durch die Androhung gerichtlicher Beitreibung retternder Beiträge der Mitglieder sich und etwas aufzuhalten? Im Geschäftsleben ist es auch allgemein üblich, Mahnungen im geschlossenen Kuvert zu senden. Warum der Kassier des Ortsvereins Altenburg eine offene Karte dazu benutzte, ist auch deshalb ein Rätsel, da er dadurch nicht einmal Porto sparte, denn die Karte wurde unfrankiert gesandt. Oder geht die Sparnaut so weit, daß der Preisunterschied zwischen Karte und Briefpapier nicht Kuvert ausschlaggebend war?

Augsburg. Die hiesige Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes veranstaltete kürzlich für die Arbeiter der Firma Eppler & Burbaum, Joh. Haag, Kleindienst & Co., Christ Fischer und Maschinenfabrik Augsburg Betriebsversammlungen mit der Tagesordnung: „Die gegenwärtige Lage in der Metallindustrie Deutschlands, mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in genannten Betrieben.“ In allen diesen Versammlungen referierte Kollege Bernthaler. Nach ausführlichen Darlegungen über die allgemeine Wirtschaftslage und die der Metallindustrie befehlteste er sich speziell mit den Verhältnissen in den hiesigen Betrieben, wobei er natürlich das „gelbe System“ ebenfalls durchbesprach. Er wies die Gelben auf ihre unwürdige Haltung hin und forderte zu männlichem Auftreten auf. Nur die freigewerkschaftliche Organisation könne für die Arbeiter eine Besserung bringen. In den Versammlungen für Haag, Kleindienst und Fischer gab es keine Diskussion. Die Firma Eppler & Burbaum wollte in die Versammlung einen Rechtsanwalt als ihren Vertreter senden, was

dahin beantwortet wurde, daß der Herr Direktor selbst kommen möge, er sei freundlichst eingeladen. Die Maschinenfabrik Augsburg stellte eine ansehnliche Zahl Gelbe zur Versammlung, die jedenfalls „etwas unternehmen“ wollten. Es gelang das aber nicht; Bernthaler sagte den Gelben alles, was er ihnen schon längst sagen wollte. Der Wertverein war offiziell durch den bekannten Chatelet vertreten, der in die Diskussion eingriff. Und wie? Chatelet erklärte: „Ich bin nicht in der Lage, das 1/2-stündige Referat des Herrn Bernthaler zu widerlegen. Es ist überhaupt niemand im Saale, der etwas widerlegen könnte, das Material ist zu groß. Wenn die Gelben erst einmal 40 Jahre tätig sind, dann werden Sie schon sehen, was wir alles erreichen. Mit Streiks ist noch gar nichts erreicht worden, jeder Streik ist zu verwerfen. Wenn Herr Bernthaler noch mehr solche Reden hält, kommen immer noch mehr zu den Gelben. (Ironisches Lachen.) Ich bin ein alter Mann und geistig nicht kräftig. Habe auch nicht soviel Zeit zu denken, wie Herr Bernthaler.“ Ob einer solchen Redeformel waren die zahlreichen Gelben ganz verduht und kaum ein halbes Duzend hat Beifall gespendet. Die Herren Drentwett u. s. w., die sonst bei jeder Gelegenheit sehr redelustig sind, hüllten sich in tiefstes Schweigen, denn Chatelet hatte ihnen schon alles „Stoff“ vorweg genommen. Die Herren wünschten keine Diskussion mehr. Bernthaler konstatierte nun, daß der Vorsitzende des Wertvereins der Maschinenfabrik Augsburg nach seiner eigenen Aussage ein alter geistesfrischer Mann sei. Die Herren glauben an ihre gelbe Bewegung selbst nicht, die ja nur für sehr wenige Mittel zum Zweck sei. Bernthaler konstatierte ferner, daß Chatelet nicht eine der ihm gestellten Fragen beantwortet habe und (sonst stillschweigend zugebe, daß 1. der Wertverein Augsburg nur einige freiwillige Mitglieder hat, die übergrößte Zahl gepreßte Zwangsglieder sind, die durch allerlei Terrorismus gehalten werden; 2. die Maschinenfabrik organisierte Arbeiter entlassen hat, nachdem ihnen nahegelegt wurde, gelb zu werden und diese dem Hofe nicht folgten; 3. durch das „gelbe System“ die Arbeitsverhältnisse im allgemeinen ganz bedenklich verschlechtert werden. Diese Konstatierungen blieben von den anwesenden Gelben Generalen völlig unwidersprochen und wir können mit diesem Sündenbekenntnis zufrieden sein. — Metallarbeiter Augsburg! Durch diese Versammlungen ist das „gelbe System“ richtig beleuchtet worden und die gelben Führer haben unfehllich das beste Material als Ergänzung geliefert. Kollegen, vernichtet es und müht es aus, um die Gelben vor weiterer Verbendung zu schützen. Arbeitet fest und unerschrocken weiter an dem Ausbau der freigewerkschaftlichen Organisation, denn nur in ihr liegt euer Heil!

Graz (Steiermark). Die Arbeiter der Styria-Fahrradwerke stehen seit 12 Wochen im Kampfe. Da in Deutschland Streikbrecher gesucht werden und schon einige angekommen sind, ersuchen wir um strengste Fernhaltung des Zugangs.

Königsbrunn (Oberösterreich). Zwei gut besuchte Versammlungen (am 9. und 23. Februar) beschäftigten sich mit den Zuständen auf der Bismarckhütte. Das Referat hatte in beiden Versammlungen der Kollege Kut übernommen. Dieser führte folgendes aus: In der Nacht vom 2. zum 3. Januar ereignete sich ein schwerer Unfall dadurch, daß ein Schlackenball in dem Augenblick platzte, als der Kasten gepumpt wurde, in den die flüssige Schlacke von den Wärmeseifen hineingelassen und hinausgeführt wird. Der Mann, ein Rüstene, kam mit brennenden Kleidern in die Hütte gelaufen, die Arbeiter hielten ihn an und rissen ihm die Kleider vom Leibe. Wobann wurde er ins Krankenhaus geschafft. Am anderen Morgen wurden Teile des durch die flüssige Masse gepressten Kastens 7 Meter hoch auf dem Dache der Hütte gefunden. — Als auf der Grobbleche der Walzmeister Wiesel durch das Herunterfallen eines am Gebezug hängenden 20 Zentner schweren Gewichtstückes verunglückte, wobei ihm zwei Rippen und ein Bein gebrochen wurde, sollte die Unfallkommission an Ort und Stelle erscheinen. Da wurde der Betrieb eingestellt und es wurden überall, wo es notwendig erschien, Schutzvorrichtungen angebracht. Auf der Grobbleche wurden die Kupplungen an den Walzen mit Blechen verriegelt. Den Walzern gab man Drahtseile (Gesichtsschutznetz), Schutzbrillen, Schutzleder (damit die Kleidung durch das Schlackenpulver nicht verbrannt wird). Auch Schutzvorschriften wurden angeklebt, aber lesen durfte sie niemand, denn der Hüttenmeister Wilzel jagte die Leser weg. Als der Besuch zur erwarteten Stunde nicht kam, verschwanden auch die Schutzvorschriften wieder. Aber nach kurzer Zeit erschien doch ein Herr von der Unfallberufsgenossenschaft in der Hütte in Begleitung des Rechnungsführers Herrn Schmidt, der die Unfallsachen auf der Hütte unter sich hat. Der Herr von der Unfallberufsgenossenschaft machte Herrn Schmidt darauf aufmerksam, daß auf der Grobbleche, an der Sägen, an den Walzen, die Schutzvorrichtungen fehlen, ebenso auf der Universal- und Grobbleche. An der Universalhütte fehlte eine Belagsplatte. Beim Vorbeigehen sind schon Leute in den Kanal gefallen, glücklicherweise ohne großen Schaden erlitten zu haben. In der Wippe des Grobblechgerüsts liegen leicht verschleißbare Fußbodenbleche. Unter diesen Blechen ist der Kanal, in den die Arme der Wippe gehen. Dieser Kanal ist 2 1/2 bis 3 Meter tief. Werden die gewalzten Bleche, die oft sehr lang sind und die seitwärts von der Wippe heruntergezogen werden, mit dem Kran zur Schere geschleppt, so werden die leicht verschleißbaren Fußbodenplatten mitgeschleift und es entsteht eine Lücke zwischen den Fußbodenplatten. Bei der geringsten Unvorsichtigkeit der Walzer kann es vorkommen, daß sie durch diese Öffnung in den Kanal stürzen und dadurch zeitweilig zu Krüppeln werden. Auch an der Universalhütte ist nicht ohne Lebensgefahr zu arbeiten, da sich hinter dem Gerüst dieser Wälze die Walzendrehbänke befinden. Zwischen der Gerüstwippe und der Drehbank ist ein Raum von ungefähr 3 Meter, es werden aber in diesem Raum noch die zum Drehen bestimmten Walzen gelagert, so daß den Walzern nur ein Raum von 1/2 bis 1 1/2 Meter bleibt. Auch auf der linken Seite der Wippe ist der Raum zu klein, da dort Grobbleche liegen. Schlägt einmal ein vorgefertigtes Stück infolge zu kalten Walzens nach dieser oder jener Seite aus der Wälze, so kann das größte Unglück passieren, da die Leute nicht schnell genug ausweichen können. Im Oktober 1906 ist infolge dieses engen Raumes ein Unglück passiert. Ein 665 Millimeter breites und ungefähr 50 Millimeter starkes vorgefertigtes Universalblech wurde von der Wälze geschleudert, wobei es einen Praktikanten am rechten Oberarm schwer verletzte und einen Glühler, der aus Mangel an Walzern bei der Wälze beschäftigt war, an beiden Händen und Beinen verbrannte. Ein Dritter erhielt Brandwunden am Arm. Über die Behandlung führte der Redner aus: Der Meister Hugo Ernst, der im Herbst 1906 von Weitalen hierher kam, hat es damals verboten, daß die Arbeiter gestochen oder geschimpft werden. Er wolle das nicht sehen. Jetzt aber hat er die oberflächlichen Manieren auch angenommen. Der frühere Einseher Franz Jendrosch, der als Appreturmeister der Grobblechstraße angestellt ist, schlägt und ohreißelt die Arbeiter. Schon als Einseher warf er bei der ersten besten Gelegenheit mit Eisenbrocken und Steinen nach dem Kranführer. Meister Kottkegel erlaubt sich, bei Gelegenheit den Arbeitern vorzutwerfen, daß sie „schlafen“. Von ihm erhält niemand eine richtige Auskunft darüber, wie Reparaturen gemacht werden sollten. Kritrieren ist leichter als selber machen! Der Obermeister Witwer sagte zum Kesselwärter: „Was, Kesselwärter sind Sie? Sch . . . sind Sie!“ Als der Kesselwärter dem Herrn erklärte, wie es kam, daß das Ventil geplatzt ist, ließ sich der Obermeister nicht herbei, ihn anzuhören, sondern gab dem Kesselwärter, als dieser sich zum Gehen wendete, einige Freundschaftswörter ins Gesicht. — Die Arbeitszeit ist unbestimmt. Die Meister verkleiden den Arbeitern die Pausen, auch sonst handeln sie, wie sie wollen. Obermeister Bittling wollte am 14. Februar die im Gasofen eingestellten 25 Blöcke noch nach 6 Uhr abends ausgewalzt haben, weil in der Nacht zum 15. Februar nicht gewalzt werden sollte. Die Arbeiter legten aber gleich nach 6 Uhr die Arbeit nieder und verschwanden. Dadurch war dem Herrn die Produktion nicht hoch genug und seine Lantime blieb niedrig. Der Herr entzog dafür am andern Tag den Arbeitern die Frühstücks-pause. Wegen mangelndem Schweißblech wälzte er Flußeisen. Als um 11 1/2 Uhr mittags die Charge Schweißblech ausgewalzt war, stellte er die Strecke ein. Die Leute dachten, es wäre Mittag und sogen ihre Hölle an, um nach Hause zu gehen. Als der Obermeister dies sah, setzte er die Strecke wieder in Betrieb und fing an, Flußeisen

zu malen. Die Leute mußten wieder zur Arbeit und ohne Mittagspause bis abends aushalten. An Sonntagen läßt der Herr bis morgens 8 Uhr, und wie in der Versammlung zugerufen wurde, sogar bis 11 Uhr malen. Der Herr ließ sich auch gegenüber dem Wiegemeister Sella dahin aus, er würde den Leuten das Beglaubigen anstreichen. Ebenso handelt der uns schon gut bekannte Herr Obermeister Prastl. In der Nachtschicht am 16. Februar, also zum Sonntag, ließ er nach 6 Uhr früh malen. Die Prüfsche legten aber die Arbeit nieder. Als der Obermeister dies vernahm, ging er gleich auf die Prüfsche und forderte die Leute auf, weiter zu arbeiten. Einen der Prüfsche, der schon den Kopf anhatte, schickte er sofort nach Hause mit den Worten: „Gehen Sie nach Hause, in 14 Tagen holen Sie Ihre Papiere und Ihr Geld.“ Einige der Leute sagten: „Wir arbeiten nur bis 6 Uhr und haben es nicht nötig, länger zu arbeiten, überhaupt nicht bei einem so schlechten Lohn für so eine schwere Arbeit.“ Ein zweiter kündigte sofort. Als die Arbeiter die Werkzeuge in das Spind trugen, das dicht an Prastls Bureau steht, sagte der Meister beim Herausgehen aus seinem Bureau: „Wo sind die verkümmerten Halbesche Demokraten?“ Diese waren aber schon fort. Auch Obermeister Neumirt wagt oft Sonntags nach 6 Uhr früh. Eine besondere Vergütung für Überarbeit erhalten die Arbeiter nicht, da es heißt, sie arbeiteten in Afford. — Mit dem Verdienste geht es merkwürdig zu. Es werden mitunter einem Schichten zugerechnet, die er gar nicht aht. Zeugen hierfür können beigebracht werden. Ein Uebervand, der auch Direktor Kollmann schon rügte, herrscht noch im Grodwalwerk. Dort werden die Lohnzettel eine halbe Stunde vor der Lohnzahlung ausgehändigt, im alten Wert einen Tag vorher. Diese Lohnzettel früher zu erhalten ist für die Arbeiter von großer Wichtigkeit, da sie dann ihre Schichten berechnen können. Es arbeitet zum Beispiel ein Arbeiter 24 Schichten bei ein und derselben Arbeit. Am Schluß des Monats sieht nun der Arbeiter, daß diese Schichten verschieden berechnet sind. Hier so eine Zusammenstellung aus einem Lohnzettel:

13 1/2 Schichten zu 3,20 M. gleich	20 M. 86,5 z.
13 1/4 = = 3,62 = =	47 = 96,5 z.
5 1/4 = = 2,50 = =	13 = 12,5 z.

Summa 24 Schichten. Lohn in Summa 81 M. 95,5 z.

In Wirklichkeit hätte aber der Arbeiter für die in Afford gearbeiteten 24 Schichten mit dem zu beanspruchenden Prozentsatz pro Schicht 3,62 M., zusammen 24 mal 3,62 M. gleich 86 M. 88 z. zu erhalten, er erhält also 4 M. 95,5 z. zu wenig. Die Hütte hat im Jahre 1907 25 Prozent Dividende verteilt. Bei der Verteilung der Anteile an ihre lebenden Beamten hat sie auch in hervorragendem Maße des verstorbenen Generaldirektors Wang gedacht und für seine Witwe den Betrag von 270000 M. angesetzt. Für den Kommerzienrat Kollmann hatte die Sanktion für das letzte abgelaufene Geschäftsjahr 320000 M. und für den neuen Generaldirektor Friedrich weit über 100000 M. betragen. — Zu der zweiten Versammlung stellten die Meister Kupfer. Die Meister Prastl und Neumirt hielten sich selbst in der Nähe des Gewerkschaftslokals auf, um aufzusuchen, wer zur Versammlung geht. Aber so juristisch sind die Leute nicht mehr. Nicht so! Auch sagten die Meister: „Die Arbeiter haben sich eine Versammlung erlauben, um die Meister zu kritisieren, gerade als würden die Meister die Arbeiter freisetzen. Die Meister sind noch viel zu gut, sonst wäre schon so mancher hinteres Tor geflogen.“ Das Gegenteil davon ist wahr, die Arbeiter sind viel zu gut, denn wenn diese nicht so wären, so hätten auch die Meister keinen Meisterposten. Sind etwa die Arbeiter der Meister halber da?

Lambrecht (Wals). Die Nummer 6 des Regulator enthält eine Notiz aus Reidenfels (Hals), wonach dort nach einem Vortrag des Hüttenführers Kaiser aus Reidenfels ein neuer Ortsverein des Hütten- und Eisenwerkvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter gegründet worden sein soll. Die Notiz ist recht witzig und paßt ganz genau zu der Versammlung, in der der „Vortrag“ gehalten wurde. Die Versammlung bestand aus 8 bis 10 Personen und fand ganz im Geheimen statt. Den Hütten haben, wie es scheint, die letzten Prozesse, die gegen sie wegen ihrer strampelnden Verleumdungen angesetzt wurden, schwer auf die Nerven geschlagen. Das beweist der Vortrag mit seinem Gehalt von „Klassenkämpfern und Klassenkämpferinnen des Herrn Schmitt“. Es mag für die Führer des Gewerkschafts sehr schwerlich sein, ihr lauberes Handwerk nicht mehr so ungefähr ausüben zu können. Der Herr sei nur gefast, daß sie mit ihren plumpen Wunden hier noch keinen Hund hinter dem Ohr hervorlocken, geschweige denn einen unserer Kollegen aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verein bringen können. Wenn in der Notiz weiter gesagt wird, daß ein Teil der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Vereins hier „die Größlichkeit verweigert“, so ist das eben auch eine von den „Saunereien“, die nur den Führern eigen ist. Bis jetzt haben wir von einer „Größlichkeitsverweigerung“ noch nichts vernommen und werden auch in Zukunft nichts davon verspüren. Man ist es ja halb gewohnt, daß die Hütten die Zahlen doppelt und dreifach setzen, und daß sie das zu Geschehen auch zu Papier bringen. Wenn dem nicht so wäre, könnte man nicht von „einigen“ sprechen, da außer dem Hauptbetriebs-Schichtman nur einer (oder aber überhaupt) wie dem Schichtman eine Liste nachweisen wird) zu den Hütten übergeben ist. Nun zum Schluß des angeführten Artikels. Es ist dieser Schichtman kein anderer als der, der in Nummer 6 der Metallarbeiter-Zeitung für nichtübertragbar erklärt wurde! Was wissen wir doch, warum die Hüttenführer zu genauem Schichtman über die bei uns Geschehenen zu fragen, sie berechnen dann das Ganze, das sie demnach erhalten können. Wir brauchen die Hütten nicht um diesen Gelder, hätte er nicht selber dem Verband der Hütten gefast, so wäre er ausgeschloffen worden. Schichtman sollte auf Reidenfels seiner Nebenbuhler, die dem Hütten- und Eisenwerkverein in der Hüttenarbeit anzuweisen, geschäftig werden. Wenn beachtet ist, daß unser Verein schon seit langer, bis er zu den Hütten übertrat und sich verpflichtete, in Reidenfels einen Arbeitsverein der Hütten zu gründen. Daraus dürfte Schichtman nicht klüger sein. Ist das nicht auch ein Verbrechen? Der Arbeitsverein, der da ganz gewiß in das Gebiet des Reidenfels-Landes hineinreichte, heißt, heißt es 6. Nummer, daß bis heute noch vergebens gesucht hat. Unseren Mitgliedschaften vor zu halten, hat er zu einer besetzten Organisation und organisiert, damit bald auch der letzte inoffizielle Metallarbeiter zu uns gehört.

Wittell. Hiermit geben wir bekannt, daß die Hauptversammlung, die Sitzung bei der Herrn H. G. Schmitt übertrug, auf dem Beschlussewege geregelt werden soll.

Schlöße.

Stuttgart. Die letzten Parte- und Reichstags haben den Zeit auf 1. April gestreckt. Die anwesenden Kollegen ersuchen wir, uns die Erneuerung des Beschlusses nicht zu erschweren. Stuttgart ist verständig zu werden.

Rundschau.

Schicht.

Hier besteht die Gewerkschaft in so ungeschicklicher Weise, daß sie überhaupt niemand mehr beschäftigen kann. Jedes Jahr besteht aus einer Gewerkschaftsversammlung, die nicht nur nicht zu einer neuen Gewerkschaftsversammlung führt, sondern auch die letzten Tage des Jahres fest ein ungeschicklicher Schichtman war, der in seinen Gesprächen in jeder Sitzung bereits geschäftig werden ist. Dieser Schichtman hat, was es fast noch einmal zu wiederholen, nur einen Zweck: die Hütten für die Ausstellung von Zeugnissen für gewerkschaftliche Arbeiter; er ist jetzt eine Ergänzung der Zeugnisse über die Einjährigkeit von Lehrlingern und Arbeitgebern, die Zeugnisse über die Einjährigkeit der Zeugnisse über die Berufstätigkeit zum Zwecke von Fortbildungsschulen, sowie Erweiterungen der Ermächtigung des Bundesrats zur Bekämpfung der aus den übermäßigen Arbeitszeiten her-

rührenden Gefahren. Weiter enthält er Bestimmungen über die Rechtsverhältnisse der Werkmeister, Techniker u. s. w., Bestimmungen über die Herabsetzung der eiffründigen Maximalarbeitszeit der Arbeiterinnen auf eine zehnründige Dauer und Vorschriften über die Einführung einer eiffründigen ununterbrochenen Nachtruhe für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter. Schließlich werden die Arbeitsverhältnisse in der Hausarbeit „geregelt“.

Das Bedenkliche an dieser neuen gesetzgeberischen Tat ist nicht allein der Umstand, daß sie die Unübersichtlichkeit des Gewerkschaftsrechts vermehrt, sondern daß sie ganz bestimmte Vorschriften der bestehenden Gewerbegesetzgebung abschwächt. Wenn schon einmal Stückwerk gebuldet werden soll, dann müßte wenigstens jedes Stück ein wenig auch nur kleinen Fortschritt darstellen. Aber das ist hier nicht der Fall. Der Abgeordnete Mollenbuhr war in der Lage, am Reichstag den Nachweis zu liefern, daß diese Novelle nicht nur Vernehrung, sondern zur Verminderung des Arbeiterrechtes beiträgt, weil sie die heute dem Bundesrat zustehende Vollmacht, hausindustrielle Betriebe generell einer Regelung zu unterstellen, auf besonders gefährliche Arten von Betrieben beschränkt. Was gegen diese Feststellung vorgebracht wurde, können wir nicht als durchschlagend anerkennen. Wir hoffen deshalb, daß es den sozialdemokratischen Vertretern gelingen wird, in der Kommission und in der zweiten Lesung wichtige Verbesserungen des Entwurfs durchzuführen. Mollenbuhr versprach, daß seine Partei dem deutschen Volke zeigen wolle, wie eigentlich solche Gesetze gestaltet werden müßten. Wir dürfen erwarten, daß er sein Versprechen wahr machen wird.

Ein anderes Gesetz enthält Bestimmungen über die Arbeitsräume, in denen Zigarren in der Hausindustrie hergestellt werden dürfen, über die Beschäftigung von Kindern und jungen Leuten in diesem Zweige der Hausindustrie, sowie über die Kontrolle und Aufsicht, ferner Strafbestimmungen, die Strafen bis zu 2000 M. für die Beschäftigung von fremden Kindern, bis zu 150 M. bei der Beschäftigung der eigenen Kinder unter zwölf Jahren festlegen. Bei der gewöhnlichen Verwendung von Kindern werden Gefängnisstrafen bis zu sechs Monaten festgesetzt.

Die Schäden der Heimarbeit treten in keinem anderen Gewerbezweig so deutlich auf, wie gerade in der Zigarrenfabrikation. Wo sie ihren Sitz hat, da sind Lungenentzündung und Rachitis ihr Gefolge. Die häuerlich-räumliche Bevölkerung ganzer Gebirgsdörfer und ganzer Striche des Flachlandes ist durch die Tabakindustrie körperlich verunmöglicht worden. Darf man deshalb jede durchgreifende Regelung dieser Art von Heimarbeit mit lebhafter Freude begrüßen, so kann man doch dem Vorstoß der Regierung keine Zustimmung geben, wenn er enthält teils unerfüllbare Forderungen — so zum Beispiel die an die Wohnräume gestellten —, teils bleibt er hinter dem, was unbedingt gefordert werden mußte, weit zurück. Das ist der Grund der heutigen Gesetzgebung: sie sieht vor durchgreifende Maßregeln zurück und richtet infolgedessen nicht das aus, was sie selbst erstrebt. Der Abgeordnete Geyer sprach klipp und klar aus, daß die Schäden der Lohnheimarbeit nur durch das Verbot der Hausindustrie auf diesem Gebiet geheilt werden könnten. Großes Interesse darüber; nationalliberale Redner schwärmten sogar von der süßen Zelle des häuerlichen Lebens eines Labarbeiters, der „im Kreise seiner Lieben“ 15 oder 16 Stunden lang am Tage Stimmung fröhlich fröhlich. Wer ist denn etwas anderes möglich? Kann denn etwas anderes in Erwägung gezogen werden?

Eine tiefgründige und weitläufige Generalabrechnung mit der heutigen Sozialpolitik des Reiches stellt beim Etat des Reichsausschusses des Innern der Zentralarbeiterzeitung und Berliner Abgeordnete Robert Schmidt. Man kennt ihn in der deutschen Gewerkschaftsbewegung als einen ruhigen, nachdenklichen, aber auch ebenso energiegelassen und zuverlässigen Führer. Was er vortrug, zeichnete sich nicht so durch den Glanz der Darstellung als vielmehr durch innere Solidität aus. Kurz zusammengefaßt ist es dies: Schmidt verurteilt die völlige Gleichstellung von Arbeitern und Unternehmern, daraus Absehung der gesetzlichen Benachteiligung, der partiellen Polizeiaufsicht und der Klassenjustiz. Das alles ist natürlich nicht von heute auf morgen zu erreichen. Unsere Arbeiterschaft hat seit 40 Jahren unendlich viel erreicht, aber sie darf im Kampfe nicht nachlassen, denn noch hat sie bei weitem nicht durchgesetzt, was allein erst den Ausgangspunkt durchschlagender Erfolge bilden könnte.

Über den Gang der sozialpolitischen Debatte im einzelnen werden wir in nächster Seite berichten.

Gewerkschaftliches.

Schichtman. In den Jahrestagen des Verbandes der Hütten- und Eisenwerke haben fast ausschließlich die Vorarbeiten während der ersten Hälfte des März abgeschlossen über die prinzipielle Stellung der Mitglieder zur Errichtung eines Industrieverbandes statt.

In Hamburg fand am 16. Februar eine Sitzung der Gewerkschaften der Schichtmacher, Lederarbeiter, Sattler und Kürschner statt. Die Sitzung war von den Leitern einberufen worden. Dreierlein (Sattler) führte aus, daß sämtliche Jahrestellen mit Ausnahme der Sattler für die Errichtung eines Industrieverbandes erklärt hätten. Die Gegner der Errichtung eines Industrieverbandes seien zunächst für eine Vereinigung mit dem Industrieverband. Weil aber die Parteiführer die Heimarbeit nicht aufgeben wollten und bei den Leitern die Heimarbeit durch das Statut verboten ist, so würde wohl vorläufig nichts dabei herauskommen. Es müßte deshalb versucht werden, Mittel und Wege zu finden, um einen Schritt vorwärts zu kommen. In Baden-Deutschland, wo es allen in Schwacht kommenden Betrieben die Kleinindustrie vorkommt, sei es für die einzelnen Betriebe notwendig, in den einzelnen Orten Jahrestellen zu gründen. Das aber die Organisation aller Industrieverbände heute eine absolute Notwendigkeit ist, zeigen die in den letzten Jahren geschiedenen Zusammenkünfte zur Genüge. Die Industrieverbände seien alles daran, aus den kleinen Orten Streikbewegungen hervorzurufen, und vielfach sei ihnen dieses ja auch gelungen. Die gewerkschaftliche Organisation müsse zunächst daran bestehen, daß in den einzelnen Orten, wo der eine oder andere Verband eine Jahrestelle habe, die Industrieverbände der verschiedenen Gewerkschaften in einem Verband zusammengefaßt werden und wenn die Mitglieder dann später in einem Ort zusammen, wo eine Jahrestelle eines Verbandes besteht, so treten sie dann einfach über, denn es komme ja weniger darauf an, wo die Arbeiter organisiert sind, sondern daß sie organisiert sind. Durch eine derartige Organisation werde der Streikbewegung ein bester Voranschritt werden.

Der Geschäftler der Schichtmacher war gegen eine Beschäftigung in dieser Sache und machte auf die in diesem Zusammenhang bestehenden Gewerkschaftsverbindungen der Schichtmacher und der Schichtarbeiter aufmerksam, in denen es zur vollständigen Gleichstellung kommen werde. Dann kam die Frage, ob die Schichtmacher, so sei es notwendig, daß sie denn nicht für die einzelnen Gewerkschaften, sondern für den Gesamtverband getroffen werden, und da es ja nur noch wenige Monate dauern dürften, bis die Gleichstellung, ganz gleich nach welcher Seite, statt, so müßte man einen Schritt weiter gehen, so lange Industrieverbände. Dieser Schritt wurde von allen Seiten unterstützt und betont, da ja für die einzelnen Verbände Stellen nicht gewonnen werden, so sollte man sich bei der Organisation in der angegebenen Weise nicht begnügen, sondern den Versuch für ihre Fortentwicklung zu machen. Folgende Resolution wurde jedoch einstimmig angenommen: „Die am 16. Februar 1908 im Gewerkschaftsrat zu Hamburg tagende Konferenz der verschiedenen Gewerkschaften der Schichtmacher, Lederarbeiter, Sattler und Kürschner erklärt, daß eine gewerkschaftliche Organisation für diese Gewerkschaften nur von Vorteil sein kann.“

Solche kann aber nur betrieben werden, wenn alle in Betracht kommenden Gewerkschaften hierzu den ersten Willen bekunden. Besonders haben sich die Geschäftler über die Organisation in den einzelnen Orten, wo die verschiedenen Berufe in Betracht kommen, zu verständigen. Die Konferenz beschließt weiter, ein Flugblatt herauszugeben, worin den Organisationen der verschiedenen Berufe die Notwendigkeit des Zusammenstehens klar gelegt wird, um somit dem zu erstrebenden Ziele einen Schritt näherzukommen.“

Die Jahrestelle Hamburg des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen hielt am 26. Februar eine Versammlung ab, in der die Diskussion über die Anträge zur Generalversammlung fortgesetzt wurde. Nach dem in Nr. 10 der Schmiede-Zeitung erschienenen Bericht wurde hauptsächlich über den Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verband diskutiert. Für den Zusammenschluß traten ein die Kollegen Weigelt, Gröber, Hambow, Robert Lange und Blüchhahn, dagegen der erste Vorsitzende Fritz Lange. Folgende Resolution wurde gegen zwei Stimmen angenommen: „Die heute, am 26. Februar 1908 tagende Generalversammlung der Jahrestelle Hamburg des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen erklart in der intensiven Agitation des Unternehmens wie auch in dem fortwährend engeren Zusammenstehen der Unternehmerorganisationen, ob Groß- oder Kleinbetrieb, für die organisierte Arbeiterschaft die zwingende Notwendigkeit, diesem Beispiel mehr wie bisher zu folgen, um dadurch den Vorprung, welchen sich das Unternehmen uns gegenüber schon verschafft hat, wieder zurückzuführen. Auf Grund dieser Überzeugung stellt die Jahrestelle Hamburg an die erste ordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen den Antrag, den Hauptvorstand zu beauftragen, daß derselbe sich mit dem Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Verbindung setzt, um die nötigen Schritte anzubahnen zwecks Vereinigung unserer Organisation mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband. Wir erwarten von der Generalversammlung auch eine sachliche Diskussion pp. Antrags und nicht, wie üblich, Übergang zur Tagesordnung.“ Ebenfalls wurde folgende Zusatzresolution gegen wenige Stimmen angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung der Jahrestelle Hamburg erklärt, sofern von der nächsten Generalversammlung in Dresden Einigungsverhandlungen mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband abgelehnt werden, so wird die Jahrestelle Hamburg die Verschmelzungsfrage nicht als erledigt betrachten, sondern die Versammelten erklären, nach der Generalversammlung weitere Schritte in dieser Angelegenheit zu unternehmen.“

Der schwarze Metallarbeiter vorne und hinten.

„Fort mit dem Materialismus, hin zum Christentum.“ Diese Parole gibt der „christliche“ Deutsche Metallarbeiter in fetter Schrift auf der ersten Seite seiner Nr. 10 aus. Er begründet sie damit, daß der „Redakteur des Buchdruckersverbandes“ von sozialdemokratischen Parteiblätern als „Helfer des Reichstages“ verdammt wird, „weil er eine eigene Meinung zu vertreten wagt“. Dabei ist die in Frage kommende lange Artikelserie im Verbandsorgan der Buchdrucker, die von „gewerkschaftlicher Neutralität“ handelt, bis jetzt nur von verhältnismäßig sehr wenigen sozialdemokratischen Blättern beachtet worden. Weiter schreibt das schwarze Blättchen:

„Unter den sozialdemokratischen Metallarbeiterführern spielt sich ein Kampf in solch beispiellos widerlichen Formen ab, die selbst den politischen Gegner als lächerlichen Dritten abspülen müssen.“

Die Ausführungen beziehen sich wohl auf den Sturm im Wassergraben, der gegenwärtig in Berlin zwischen dem Diebstahlhändlern und Antimissionarier tobt. Vielleicht auch sind die Streitigkeiten in Solingen damit gemeint, wo ja tatsächlich vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes die Hilfe der bürgerlichen Gerichte in Anspruch genommen werden mußte. Dies geschah aber erst, nachdem das Geschwör des Solinger Lokalistenblätterns von der „Eliquo, die den Deutschen Metallarbeiter-Verband regiert“, von den „Leuten, die vor keinem Verbrechen zurückschrecken“, in eine große Anzahl von arbeiterfeindlichen Zeitungen übergegangen war. Nachdem Blätter dieser Art verlagert worden waren, sah unser Verbandsvorstand sich erst auf dringendes Anraten von juristischer Seite veranlaßt, auch das Solinger Blättchen zu verlagern. Dies alles gibt nun dem Blättchen von der Zentrumsgewerkschaft Veranlassung, salbungsschmeicheln auszusprechen: „Der reinste rote Hengstfessel; ein wirklich schöner Bild in den Zukunftsaussichten!“ Wie ist es nun im „schwarzen Gegenwartsstaat“? Nach Ansicht des schwarzen Metallarbeiters selbstverständlich viel besser. Er ährt einen Ausspruch, den Bischof Ketteler am 26. Juli 1869 getan haben soll. Nach diesem Aussprüche sollten die damals herrschenden Streitigkeiten zwischen den in der deutschen Arbeiterbewegung tätigen Personen auf deren Mangel an Religion zurückzuführen sein. So berechtigt auch das Bestreben der deutschen Arbeiter sei, sich zu organisieren, so würden doch „erst dann große Erfolge eintreten, wenn die Führer des Arbeiterverbandes ihrem Gasse gegen das Christentum entsagen und wenigstens eine achungsvolle, wohlwollende Stellung zur Religion und Kirche einnehmen“. Dieses „wahre Wort des weislichen Arbeiterführers“ soll „durch die Gründung und machtvolle Erhaltung der christlichen Gewerkschaften schon zum Teil in Erfüllung gegangen“ sein. Der Aufruf des schwarzen Metallarbeiters schließt: „Darum Kampf dem Materialismus, hoch unsere christlichen Ideale!“

Nun lobt ja jeder Krämmer seine Barte und man kann es verstehen, wenn auch die Anhänger der Zentrumsgewerkschaften ihre Organisationen herausstreichen. Nach den Ausführungen des Herrn Ketteler und des schwarzen Metallarbeiters muß man nun doch annehmen, daß das Christentum seine Anhänger vor Beschädigung untereinander schützt. Damit heißt es jedoch, wie bekannt, mehr als alles andere. Wir wollen dabei gar nicht einmal auf den fortwährenden Kampf hinweisen, der schon seit des seligen Arns Zeiten zwischen den Bekennern der verschiedenen christlichen Richtungen herrscht, sondern man braucht nur dieselbe Nummer 10 des schwarzen Metallarbeiters, die den schönen Aufruf enthält, anzusehen, um den richtigen Begriff von der „Einigkeit“ zu erlangen, die bei den schwarzen Gewerkschaften verschiedener Schattierung herrscht. Da haben wir gleich auf der zweiten Seite einen Artikel über „Berlinerer“ in Oberhessen und auf der dritten Seite einen über „Berlinerer Verleumdungstaktik“. Die Artikel richten sich gegen Anhänger der sogenannten „Berlinerer Richtung“, die das Heil der Arbeiter nicht in „interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften“ erblicken, sondern in „katholischen Arbeitervereinen“ mit „Juchabteilungen“. Knappherd 400 Zeilen werden dazu verbraucht, um diese Richtung nach allen Regeln der „christlichen“ Schimpflichkeit heranzuzureißen. Da ist von „Spekulieren auf die Unkenntnis und die Unerfahrenheit vieler Arbeiter“ die Rede, das dazu dienen soll, „die Arbeiter irrezuführen und das so wackelig gewordene Gebäude der Fachabteilungen zu stützen“. Weiter wird von Arbeitern gesprochen, die „durch ganz niedrige Verleumdung seitens der Fachabteilungssekretäre verhebt worden sind“, ferner von der „dem Arbeitgeber geoffenbarten Dynamik der Fachabteilungen“, von einer „milden Gabe zum Zwecke der Arbeitswilligenlieferungen“. Auch heißt es von den Fachabteilungen: „Sie füssen den Fuß, mit dem sie Fußtritte empfangen.“ Dann kommen noch Ausdrücke, wie „unflätige Kampfesweise“, eine „Lugend“, die alles, aber die Wahrheit nicht vertagen kann“, „der Herr... hmt Bull“, „effelhafte, verabscheuungswürdige Kampfesweise“, „Gassenbadener“, „gegen jeden Anstand verstoßendes Verhalten“. Dem in Berlin erziehenden Arbeiter (Organ der Fachabteilungen) wird vorgeworfen, daß er „jetzt fauchen“ muß, „weil er für seine freche Verleumdung nicht den Schatten eines Beweises erbringen kann“. Schwere Verleumdung wider besseres Wissen“, „wie ein Feigling kniefen“, „ehrloze Verleumdung des angeblich über- und einzig-katholischen Organes“, „viel Geschrei und gar keine Balle“, das sind noch weitere Lebenswärtigkeiten, mit denen der eine „Christliche“ den anderen um die Ohren haut. Dabei haben wir nur die direkten Beschimpfungen herausgehoben, die übrigen Grobheiten, zu denen keine Schimpfwörter verwendet wurden, haben wir unberührt gelassen. Wir hätten fast die ganzen Artikel abdrucken müssen.

Wir schauen ja diesem „Weltreit edler Geister“ mit vollkommener Objektivität zu und wollen darum nicht unerwähnt lassen, daß der Berliner „Arbeiter“ samt seinen Getreuen sich ungefähr ebenso meisterhaft auf's Schimpfen verstehen. Es ist auch schon vorgekommen, daß Sachverständige nicht vor Gewalttaten gegen Mitglieder des schwarzen Metallarbeiterverbandes zurückgeschreckt sind, wie ein am 25. August 1907 in Berlin vorgekommener Fall beweist. Es ist also auf beiden Seiten „alles da“, und nun kommt die Preisfrage: Welche von den beiden Richtungen hat nun die richtigen „christlichen Ideale“? Wir fühlen uns jedoch außerstande, diese Frage zu beantworten und mit uns wohl alle Kollegen, denen es mit der Vertretung ihrer Interessen ernst ist. Für diese ist eine Organisation notwendig, die von ihren Mitgliedern weder ein religiöses noch ein antireligiöses Glaubensbekenntnis verlangt, und eine solche ist der Deutsche Metallarbeiter-Verband.

„Christlicher“ Schwindel über Terrorismus.

In der letzten Zeit haben sich die Fälle gehäuft, wo „christlich“ organisierte Arbeiter gerade das verübt haben, was den „Noten“ von „christlicher“ Seite mit so großer stiller Entrüstung und so wenig Berechtigung nachgeredet wird. Dies ist natürlich den Hauptschreibern in den Zentrumsvereinigungen unangenehm und sie suchen solche Fälle so zu verdrehen, daß sie für sie weniger unangenehm ausfallen. Dabei geht es dann natürlich nicht ohne Entstellungen und Fälschungen ab. Der schwarze Metallarbeiter in Duisburg bringt in seiner Nr. 10 ein paar solche Beispiele unter der Überschrift: „Zerstörte Terrorismuslügen.“ So schreibt er über einen Fall:

„Kürzlich wußte der gesamte rote Blätterwald von einer schrecklichen Tat christlich-organisierter Arbeiter in Wschaffenburg zu erzählen. Sie sollten einen frei-organisierten Juristen misshandeln haben, weil er nicht zum christlichen Verband hätte übergetreten wollen und seien dafür zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt worden. — Das Ganze war nur plumper Schwindel. Der Mißhandelte erklärt unter schriftlich in der christlichen Schneidereizeitung, daß die Zugehörigkeit zu irgend einer Organisation bei der Kauferei ganz ausgeschlossen und er zur fraglichen Zeit gar nicht frei-organisiert gewesen sei.“

Wie verhält sich nun die ganze Angelegenheit? Im vorigen Herbst brach im Speffart, wo die Konfektionschneiderei als Hausindustrie stark verbreitet ist, ein Streik der Konfektionsarbeiter aus, der einen unglücklichen Verlauf nahm. Von der christlichen Verbandsleitung wurden damals alle möglichen Mittel angewendet, um Mitglieder für ihre Organisation zu gewinnen. So wollten sie auch den Schneider Ludwig in Großostheim bei Wschaffenburg bewegen, zu ihnen überzutreten. Er lehnte dies aber ab, da er auf einem anderen Standpunkt stehe, wie die Christlichen. Dadurch zog er sich den Haß der frommen Brüder zu, der sich am 24. November gelegentlich einer Obstbaumbesuchung entlud. Bei dieser war auch Ludwig erschienen, ebenso der Vorsitzende der „Christlichen“, Gabriel Höflich, der Kassierer Adam Zengel und das Verwaltungsmitglied Christian Höflich. Als Ludwig gehen wollte, schloß ihn sein Hut. Er fragte die drei, ob sie ihn nicht gesehen hätten. Darauf packte ihn Zengel ohne weiteres am Hals und würgte ihn mit den Worten: „Geht verreckt du noch, auf dich warten wir schon lange.“ Ludwig riß sich los und ging nach Hause. Vor seiner Wohnung lauerten ihm aber die drei „Christen“ auf und schlugen mit einem Besenstiel und einer Schippe ganz barbarisch auf ihn ein, so daß er blutend zu Boden sank. Als er sie hat, ihn doch gehen zu lassen, sie schlugen ihn ja tot, riefen sie: „Ja, verrecken sollst du, du Hund.“ Durch den Lärm aufmerksam gemacht, kam Ludwigs Frau aus dem Hause und warf sich über ihren Mann, um ihn zu decken. Nun hieben die Unholde wie rasend auf die Frau ein, die sich in höchst wüstem Zustand befand. Erst als andere Leute herbeieilten, ließen die Prügelhelden von ihren Opfern ab und machten sich aus dem Staube. Vom Gericht in Wschaffenburg wurden am 10. Januar die beiden Höflich zu je 3 Monaten 25 Tagen, Zengel zu 55 Tagen Gefängnis verurteilt. Gätten sich so etwas freigeorganisierter Arbeiter zuschulden kommen lassen, so hätten natürlich sämtliche „christlichen Blätter“ in Entrüstung geplauscht. So aber war die Sache sehr unangenehm und der Bezirksleiter Becker vom schwarzen Schneiderverband versuchte, der Sache ein anderes Aussehen zu geben. Der Herr bediente sich dabei eines Mittels, das ihm große Ehre macht. Am 5. Februar 1908 ging er zu dem mißhandelten Ludwig und sagte ihm, er erhalte fortwährend Zeitungen mit Artikeln über die Gerichtsverhandlung zugesandt. Außerdem werde er für die Körperverletzung verantwortlich gemacht. Er werde gerichtlich vorgehen, wenn es keine Ruhe gebe, und wenn Ludwig ein von ihm (Becker) mitgebrachtes Papier nicht unterschreibe, so werde er klagen. Wenn Ludwig keine Annehmlichkeiten haben wolle, so solle er unterschreiben. Darauf las Becker dem Ludwig etwas vor, was dieser nicht verstand. Ludwig, der infolge der Körperverletzungen noch an Kopfschmerzen litt und noch von zwei Ärzten behandelt wurde, wollte vor allen Dingen Ruhe vor Becker haben und leistete die geforderte Unterschrift. Das Schriftstück, zu dem Becker unter Drohungen Ludwig die Unterschrift abgenötigt hatte, lautete dahin, daß Ludwig von den Beurteilten niemals durch irgend eine verletzende Handlung (Beleidigung, Drohung oder dergleichen) angegangen worden sei, dem „christlichen“ Schneider-Verband beizutreten. In der Gerichtsverhandlung sei sowohl von ihm, als auch von den Angeklagten und sämtlichen Zeugen nicht eine Silbe von der Zugehörigkeit zu irgend einer Organisation erwähnt worden. Ebenso sei es unwahr, daß Ludwig zur Zeit der Vorurteilung Mitglied des freien Schneiderverbandes war. Dabei ist zu bemerken, daß dies vorher auch nicht behauptet worden ist. Die Erklärung wurde von „christlicher“ Seite natürlich weidlich ausgenützt. Am 21. Februar war aber schon die Münchener Post in der Lage, eine vom 17. Februar datierte Erklärung des „christlich“ mißhandelten Schneiders Ludwig zu veröffentlichen, worin dieser auseinandersetzt, wie ihm die Unterschrift abgenötigt wurde. In dieser zweiten Erklärung Ludwigs heißt es wörtlich:

„Hätte Becker die Erklärung hier geschrieben und hätte ich dieselbe durchgesehen, dann hätte ich diese Papiere nicht unterschrieben. Becker hat mir die Erklärung unter dem Vorbehalt, es handle sich nur um seine Person, abgeschwindelt. Die schwere Beleidigung mit Schippe und Besenstiel erhielt ich von Gabriel und Christian Höflich und Adam Zengel nur deshalb, weil ich auf ihre mehrfachen Aufforderungen dem christlichen Schneiderverband nicht beitrug. Auch der christliche Bezirksleiter Becker forderte mich mehrfach auf, ich bewege, daß mir der Sinn der Erklärung nicht bekannt war und widerrufe hiermit öffentlich dieselbe.“

Das ist deutlich genug. Aber obwohl diese Erklärung bereits am 21. Februar veröffentlicht wurde, scheint man sie auf „christlicher“ Seite tapfer unterschlagen zu wollen. Die am 7. März erscheinende Nummer 10 des schwarzen Metallarbeiters ist Beweis dafür. Von der erwarteten Erklärung wird Noli genannt, ihr Widerruf aber ist geschwiegen. Natürlich, sonst wäre ja das ganze „christliche“ Lügengebäude über den Haufen geworfen worden.

In einem anderen Falle, der sich in Ziegenhagen (Schlesien) ereignet hat und ebenfalls mit Unrecht als Beispiel von „christlichem“ Terrorismus bezeichnet worden sein soll, soll nach Angabe des schwarzen Metallarbeiters der bei dieser Gelegenheit mißhandelte freigeorganisierte Tischler die „christlichen“ Mißhandlungen selber verschuldet haben. Wir haben indessen schon früher einen Bericht darüber gelesen, der die Sache wesentlich anders darstellt. Wir unterlassen es jedoch, auf diese Sache einzugehen, weil uns nachher nichts mehr darüber zu Gesicht gekommen ist. Wenn der schwarze Metallarbeiter aber will, daß man seinen Angaben Glauben schenken soll, so wird er schon angehen müssen, aus welcher Quelle er seine Wissenschaft geschöpft hat. Er hat schon zu oft die Wahrheit krummgebogen.

Eine gemeine Fälschung begeht aber der schwarze Metallarbeiter in seinem dritten „Beispiel“. Der Bezirksleiter Geyer vom schwarzen Tischler-Verband hatte dem freien Gewerkschafter Bruggemann in Kolbermaror Arbeiterverrat bei einer Lohn-

bewegung vorgeworfen. Bruggemann verklagte Geyer und dieser wurde vom Schöffengericht zu 50 M Geldstrafe verurteilt. Geyer legte Berufung ein. Dazu bemerkt nun der schwarze Metallarbeiter: „Die Strafkammer gelangte zu einem Freispruch. Es war dem Kläger nicht möglich, nachzuweisen, daß Geyer ihm gegenüber unwahre Behauptungen aufgestellt hatte.“ So ist auch dieser fetter Foppen einer „christlichen Verleumdung“ den armen „Genossen“ wieder genommen.

In Wirklichkeit verhält sich die Sache so, daß — wie in der Begründung des freisprechenden Urteils ausdrücklich hervorgehoben wurde — die Freisprechung ausschließlich auf Grund des § 193 des Strafgesetzes erfolgte, weil Geyer in Wahrung berechtigter oder wenigstens vermeintlich berechtigter Interessen gehandelt, nicht aber, weil er den Wahrheitsbeweis erbracht hat. Im Gegenteil haben beide Instanzen festgestellt, daß von einer Erbringung des Wahrheitsbeweises keine Rede sein könne. Daraus folgt, daß Geyer lediglich aus juristischen Gründen freigesprochen wurde, die Ehre Bruggemanns aber ohne den geringsten Makel aus der Verhandlung hervorgegangen ist. Außerdem ist gegen das freisprechende Urteil Revision beim Obersten Landesgericht eingelegt worden.

Das sind klassische Beispiele „christlicher“ Wahrheitsliebe. Besserer schwarzer Metallarbeiter, wünschen Sie nun noch, daß mir einmal eine Sammlung von Beispielen von „christlichem“ Terrorismus und ähnlichen Sachen veröffentlichten?

Verteilung von Druckschriften.

Auch die Polizeiverwaltung in Mülheim a. Rh. wurde am 3. Februar vom dortigen Schöffengericht dahin belehrt, daß es mit ihren Kenntnissen über das preussische Pressegesetz nicht her ist. Am 24. November wurde der Fabrikarbeiter Th. G. von der Bezirksverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Mülheim a. Rh. beauftragt, gegen eine Entschädigung vor der Fabrik des Herrn Mungen Einladungsjetzt zu einer Besprechung über die Krankenkassenwahl zu verteilen. Der Schuttmann Hub, der im Rayon der Fabrik Dienst hatte, suchte die Verteilung zu verhindern, indem er die Jetzettel beschlagnahmte und den Namen des G. feststellte. Er erhielt am 5. Dezember ein Strafmandat auf 4 M oder einen Tag Haft. G. beantragte gerichtliche Entscheidung. Aus dem Urteil des Schöffengerichts heben wir hervor:

„Der Angeklagte hat zugegeben, die Aufrufe verteilt zu haben, hat jedoch, wie nicht widerlegt worden ist, hierfür als Entgelt 50 Pf. erhalten. Nach § 30 Absatz 2 des Reichspressegesetzes vom 7. Mai 1874 ist das Recht der Landesgesetzgebung, Vorschriften über das unentgeltliche Verteilen von Aufrufen zu erlassen, nicht berührt worden. Die Vorschriften des preussischen Pressegesetzes sind daher, soweit es sich um eine unentgeltliche Verteilung von Druckschriften handelt, bestehen geblieben. Handelt es sich aber um eine entgeltliche, so sind die Vorschriften des Landesgesetzes durch das Reichsgesetz aufgehoben worden. Da der Angeklagte die Verteilung gegen Entgelt vorgenommen hat, so ist eine Anwendung der §§ 10 und 14 des preussischen Pressegesetzes vom 12. Mai 1851 auf den vorliegenden Fall ausgeschlossen. Der Angeklagte war deshalb von der aus diesem Gesetz gegen ihn erhobenen Anklage freizusprechen.“

Hoffentlich wird dieses Urteil dazu beitragen, den allzu großen Dienstleister, den man gegenüber den organisierten Arbeitern an den Tag zu legen pflegt, etwas einzuschränken. (Siehe auch die Notiz in Nr. 8 der Metallarbeiter-Zeitung dieses Jahres, Seite 63.)

Von der Firma Schichau.

In den letzten Monaten haben bei der Firma Schichau in Elbing die Unfälle abgenommen. Man wird nicht fehl gehen, wenn man dies auf die Kritik zurückführt, die die Zustände bei Schichau in der Arbeiterpresse und in Versammlungen gefunden haben. Wie wir bereits in Nr. 9 berichtet haben, ist Kollege Frängel wegen dieser Kritik an der Firma Schichau zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. In diesem Prozeß behauptete der Staatsanwalt, von dem, was Kollege Frängel behauptet habe, sei nichts nachgewiesen worden. Es scheint aber nun doch, daß die Firma Schichau selber anderer Meinung ist als der Staatsanwalt und sich nunmehr bemüht, die Ursachen der Unfälle einzuschränken. — Es hat sich am 29. Februar jedoch wieder ein Unglücksfall ereignet von einer Art, die selten vorkommen dürfte. In der Abteilung des Meisters Adler war der Sechling Kranz an einer etwa drei Meter langen Drehbank beschäftigt. Diese fiel beim Riemenauflagen um. Der Sechling geriet zwischen die umlaufenden Band und eine Horizontalbohrmaschine und erlitt dabei außer einer schweren Quetschung beider Oberschenkel noch innere Verletzungen. Nach Ansicht der Arbeiter war die Drehbank nicht auf einem Fundament verankert, sondern mit Koppfschrauben auf den Holzfußboden festgeschraubt, dessen Bretter nicht mehr „neu“ waren. — Man sollte solche Einrichtungen bei einer Weltfirma nicht für möglich halten.

Von der Polizeistadt in unserem Berliner Verbandsheime.

In Nr. 5 der Metallarbeiter-Zeitung (Seite 59) schilderten wir einen von Berliner Schülern ausgeübten Überfall auf das Haus des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Berlin, wobei die Schutzleute sich schwere Übergriffen ihrer Amtsbefugnisse zuschulden kommen ließen. Bei der Gelegenheit wurde auch unser Kollege Blumenthal in nicht zu rechtfertigender Weise verhaftet und fündenlang auf der Polizeiwache festgehalten. Dabei hatte er weiter nichts getan, als die Polizeibeamten auf das Rechtswidrige ihres Vorgehens aufmerksam gemacht. Es wurden auch die Übergriffe der Polizeibeamten zur Anzeige gebracht. Nunmehr ist vom ersten Staatsanwalt Anklage erhoben worden, jedoch nicht gegen die Schutzleute, sondern gegen unsern Kollegen Blumenthal. Er soll „Beamte beleidigt“ und „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ verübt haben. Es ist ja nichts neues, daß man Leute, die sich über die Polizei beschweren, in Anklagezustand setzt und es ihnen dadurch erschwert, zu ihrem Rechte zu gelangen. Es liegt zwar auf der Hand, daß den Kollegen Blumenthal kein Verschulden trifft, aber —

Wer angewiesen wird.

Die Herzogliche Polizeidirektion in Braunschweig hat zwei österreichische Kollegen ausgewiesen, die in der Blechwarenfabrik von Unger & Sohn gearbeitet hatten und mit in den Streik getreten waren, weil der Inhaber organisierte Arbeiter magregelt, um die Organisation der Gelben zu stärken. Am 24. Februar traten die Arbeiter in den Streik und schon am 27. empfangen die beiden österreichischen Arbeiter folgenden Ausweisungsbefehl: „Herzogliche Polizeidirektion. Braunschweig, den 27. Februar 1908. Nr. 2128. III.“

Auf Grund des § 28 Absatz 2 des Landesgrundgesetzes vom 12. Oktober 1832 wird Ihnen der Aufenthalt im Herzogtum hiermit untersagt. Sie haben binnen drei Tagen das diesseitige Staatsgebiet zu verlassen. Sollten Sie nach Ablauf dieser Frist im Herzogtum angetroffen werden, so haben Sie die Vollstreckung einer Haftstrafe von drei Tagen zu gewärtigen.

An den Arbeiter Herrn u. d. Busch. Behündigt am 29. 2. 1908. Hartung, Polizeigerant.“

Beide sind völlig unbescholtene Leute und schon seit Jahren in Braunschweig ansässig. Ob sie auch ausgewiesen worden wären, wenn sie sich der ehrenwerten Zunft der Gelben angeschlossen hätten?

§ 153.

Als im Oktober 1907 bei der Firma Leinau & Becker in Magdeburg ein Streik ausgebrochen war, soll der Schlosser Gustav Sternemann den arbeitswilligen Schlosser Geise zu bestimmen versucht haben, an dem Streik teilzunehmen. Bei dieser Gelegenheit soll Sternemann zu dem letzteren die Worte „Streitbrecher“ und „Schaapstalter“ gebraucht haben. Des weiteren soll Sternemann den Inhaber der Firma, Kaufmann Gege, und auch den Ingenieur Spreemann durch beschimpfende Äußerungen beleidigt haben. Wegen dieser Sache stand am Freitag vormittag vor dem Schöffengericht in Rudau Termin an. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf einige kleine Vorurteile, die der Angeklagte bereits erhalten hatte,

die horrende Strafe von sechs Monaten Gefängnis. Das Gericht erkannte aber nur auf sechs Wochen, da es annahm, daß bei der Angeklagte in einer gewissen Ausregung besonnen hätte. Der Angeklagte bestritt die ihm zur Last gelegten Handlungen und will nur in der ruhigsten Weise den Arbeitswilligen Geise auf sein sträfliches Tun aufmerksam gemacht haben. Geise war gar nicht als Zeuge geladen, trotzdem nahm das Gericht die Beleidigung gegen G. als erwiesen an.

„Schöne Gegend“ auslöst ausreichenden Lohn.

Ein Drechler empfing folgendes interessante Schreiben: „Rheinische Spulenzfabrik. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. St. Goar a. Rh., den 11. Januar 1908. Herrn R. . . . F. . . . Drechler. R. . . . i. R.“

Wir empfangen Ihre Postkarte vom 10. dieses Monats und sind eventuell bereit, Sie in unserem Betriebe als Drechler einzustellen. Zu Ihrer Aufklärung bemerken wir, daß wir uns mit der Herstellung von einfachen Massenartikeln der Spulenzbranche befassen. Die Arbeitszeit bei uns beträgt täglich 10 Stunden, von vormittags 7 bis 12 Uhr und nachmittags von 1 bis 6 1/2 Uhr, mit einer viertelstündigen Frühstückspause und Vesperpause. Als Lohn würden wir Ihnen einmischen 6 bis 8 M wöchentlich bei freier Station gewähren. Wenn wir nach einer gewissen Beobachtungszeit mit Ihren Leistungen zufrieden sind, würden wir die Vergütung erhöhen oder Ihnen Arbeitslohn bezahlen. Unsere Fabrik liegt in schöner Gegend direkt am Rhein, direkt gegenüber der Lorelei, von der Sie wohl schon mal gehört haben werden. Die nächsten größeren Städte sind Koblenz, fast 1/2 Stunden Wahnfahrt, Mainz und Wiesbaden je 1 1/2 Stunden und Frankfurt a. M. zirka 2 1/2 Stunden Wahnfahrt. Einem Verbandsrat können Sie hier allerdings nicht angehören. Achtungsvoll Rheinische Spulenzfabrik. G. m. b. H. Prufker.“

Die Firma scheint selbst zu wissen, daß sie für so „glänzende“ Entlohnung keine organisierten Arbeiter erhält. Solche haben zwar auch Sinn für Natur Schönheiten, sind jedoch so anspruchsvoll, auch genügenden Lohn zu verlangen.

Vom Submissionswesen.

Über eine duftige Submissionsblüte weiß die in Leipzig erscheinende illustrierte Zeitung für Kleinindustrie (Nr. 9, Seite 469) zu berichten. Bei einer Verbindung von etwa 10000 Quadratmetern Oberflächen u. in Reddinghausen wurden folgende Preise gefordert: Döbrich (Wormen) 5480 M, Zimmermann (Stuttgart) 84610 M, G. A. Hener (Hagen) 89470 M, Lorenz (Stuttgart) 90874 M, Deuter (Münster) 93770 M, Wessels jun. (Düsseldorf) 119490 M, Metallwaren (Wachen) 134105 M, Scharfke Werke (Stuttgart) 146134 M. Der Unterschied zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Angebot beträgt daher 80674 M. Da erscheint es notwendig, sich danach zu erkundigen, was für Lohn- und Arbeitsbedingungen in den einzelnen Betrieben herrschen, besonders in denen, die durch die niedrigen Forderungen „glänzen“.

Vom „Koalitionsrecht“ der Gelben.

Die Frankfurter Zeitung hatte jüngst einen Artikel über die gelben Gewerkschaften gebracht, worin unter anderem konstatiert wurde, daß die Zugehörigkeit eines Arbeiters zu einer gelben Organisation für ihn den Verlust des Koalitionsrechtes bedeutet. Von der Zeitung der Vereinigten Maschinenfabrik Augsburg hat das Blatt eine Zuschrift erhalten, die es in seinem fünften Morgenblatt vom 1. März veröffentlicht. Die Zuschrift lautet folgendermaßen:

Wir gestatten uns, zu konstatieren, daß die Gelben genau ebenso selbständig sind, wie die anderen Organisationen; die immer wiederkehrende Behauptung — von den anderen Organisationen mit den bestmöglichen Beschimpfungen verbunden —, daß die Gelben das Koalitionsrecht verloren geben, kann nicht erwiesen werden. Es möge doch einmal klipp und klar dargelegt werden, wodurch die Gelben verhindert sein sollten, vom Koalitionsrecht Gebrauch zu machen und zu streiken, wenn sie es für notwendig erachten. Sie würden dabei gar nichts anderes riskieren, als den Verlust von Wohlfahrts-Einrichtungen, zu denen sie selbst nichts beitragen und welche ihnen anderenfalls doch nicht zuteil geworden wären. Das die Gelben in erster Linie anstreben, in friedlichen Unterhandlungen mit dem Arbeitgeber ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, wird auch in Ihrem Artikel als recht vernünftig bezeichnet — allerdings nur in der Theorie —, es ist aber auch für die Praxis richtig, wie durch den im dritten Jahre bestehenden Arbeiterverein vom Werk Augsburg (E. W.) erwiesen; dieser hat auf friedlichem Wege Vorteile für die Arbeiter erreicht, welche ihnen ohne den A. V. A. nicht zuteil geworden wären, unter anderem: eine Arbeiterwohnanstalt und Waisenstiftung und eine Krankenkasse, Altersrenten und Urlaub mit Bezahlung, Unterstützung in Notfällen und während der Militärdienst — alles nur ermöglicht durch große Beiträge der Firma. Der Artikel führt ferner aus: der Friede unter den Arbeitern ist aber dahin, sobald die Gelben einige Nachbarn erlangen. Friede hat vor Gründung der Gelben überhaupt nicht bestanden, sondern ein unerträglicher Terrorismus der anderen Organisationen, durch welchen die Gründung der Gelben veranlaßt wurde; durch diese erst wurde in den meisten Betrieben, insbesondere Werk Augsburg, ein wirklicher vollkommener Friede hergestellt, denn die Mitglieder der anderen Organisationen werden in keiner Weise durch die Gelben beeinflusst und belästigt.“

Die Frankfurter Zeitung bemerkt dazu: „Wir finden in diesen Ausführungen eine Bestätigung unserer Auffassung. Wenn die Gelben streiken, verlieren sie Wohlfahrts-Einrichtungen. Da haben wir die Abhängigkeit in der bekannten üblichen Form. Hiermit soll nicht etwa gesagt sein, daß Streiken an sich wünschenswert sei; wir sind nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis für friedliche Verständigung. Es soll auch keineswegs gesagt sein, daß Wohlfahrts-Einrichtungen überhaupt zu vernachlässigen seien; sie können sehr wertvoll sein, wenn sie richtig organisiert sind. Aber vor allem müssen die Arbeiter in dem, was man Arbeiterbewegung nennt, freie Hand haben, wenn sie vorwärts kommen sollen. Und darum sind alle Mittel, durch die diese Freiheit vermindert wird, zu mißbilligen, ganz abgesehen davon, daß diese Dinge zu Zwistigkeiten unter den Arbeitern selber führen. Wenn das letztere in diesem einen Falle bisher nicht geschah, so steht doch die Tatsache gegenüber, daß es andernwärts bittere Kämpfe zwischen den Gelben und den anderen gab und gibt.“

Die Frankfurter Zeitung hat in großen und ganzen recht. Stellenweise treten die Gelben, gestützt auf das Wohlwollen der Firma, mit einer großen Freiheit auf. Die Behauptung der Protestoren der Gelben in Augsburg, daß den Gelben das Streikrecht nach wie vor freisteht, steht auf derselben „geistigen Höhe“ wie die der Essener Richter, daß kein Arbeiter in Essen „gezwungen“ sei, bei Krupp zu arbeiten.

Hirsch-Dundereriana.

Hirsch-Dundererische Verleumdungstatistik vor Gericht. Der Vorsitzende (Maier) des Wörzheimer Ortsvereins des Hirsch-Dundererischen Gewerkschafts der Maschinenbau- und Metallarbeiter wurde bekanntlich vom Schöffengericht Wörzheim am 30. November (f. Nr. 50 der M.-Ztg. v. S.) wegen Beleidigung unseres Kollegen Schlichte zu 100 M Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt. Maier legte gegen das Urteil Berufung ein, die am 20. Februar vor dem Landgerichte Karlsruhe zur Verhandlung kam. Der Anwalt Maier versuchte mit allen möglichen an den Haaren herbeigezogenen Argumenten seinen Klienten als einen Unschuldengel ohnegleichen hinguellen. Man hätte danach glauben sollen: „Kein Engel ist so rein.“ Das „Milieu Maier's“, meinte der Herr Anwalt, müsse in Betracht gezogen werden. Dann sei ja doch auch wirklich, wie aus den Akten hervorgehe, ein „blauer Lappen“ vorhanden gewesen, wenn natürlich auch Schlichte dabei nicht in Betracht kommen könne. Ferner müsse die Erregung berücksichtigt werden, in der sich Maier durch den Ge-

